Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH. Halle Leipzigerstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle Leipzigerstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2281. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1008 48. Frieda Krah Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Mittwoch, den 9. Dezember 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 275**

Sozialdemokratische Arbeiter gegen die Große Koalition

Für den Hindenburg-Weg der SPD.-Parteiinstanzen oder für die proletarische Einheitsfront — das ist ihre Schicksalsfrage

Zeitz, 9. Dezember.

Ganz im Gegensatz zu der hallischen Sozialdemokratie, die restlos im Fahrwasser der rechten sozialdemokratischen Führer segelt und ganz offensichtlich für die Große Koalition eintritt, stehen die sozialdemokratischen Arbeiter von Zeitz und Umgebung in scharfer Opposition gegen das Zusammengehen der SPD. mit der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten.

Eine Konferenz der Parteifunktionäre und des Unterbezirksvorstandes der Kreise Naumburg, Weißenfels, Zeitz der SPD., die am 7. Dezember in Zeitz tagte, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt, daß die Parteifunktionäre mit außerordentlicher Besorgnis den Verhandlungsergebnissen des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion entgegensehen. Die Vergangenheit habe gezeigt, daß die Sozialdemokratie in der Großen Koalition nur als Notnagel diene. Deshalb appellieren die Funktionäre an die Parteiinstanzen: Hände weg von der Großen Koalition!

*

Berlin, 9. Dezember.

Das „Berliner Tageblatt" bringt folgende eigene Meldung aus Breslau:

Die Breslauer Sozialdemokratische Partei hielt gestern eine Mitgliederversammlung ab, in der sie sich nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Wendemuth einstimmig gegen eine Beteiligung an der Großen Koalition aussprach und jede Teilnahme an der Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen ablehnte. Die Mitgliederversammlung beschloß, der Reichstagsfraktion ihre schärfste Mißbilligung wegen ihrer Haltung bei der Abstimmung über die Locarno-Verträge auszusprechen. Reichstagspräsident Loebe, der sich augenblicklich in Breslau aufhält, nahm an der Versammlung nicht teil. Er wird heute vor einer Versammlung der Bezirksfunktionäre seinen Standpunkt darlegen.

*

Die „Vossische Zeitung" meldet aus Stettin, daß der Bezirksvorstand der SPD. Pommerns einstimmig beschlossen habe, das pommersche Mitglied des Parteiausschusses habe gegen die Große Koalition aufzutreten. Die „Vossische Zeitung" meint, die verantwortungsbewußten Politiker des Parteivorstandes sollten sich durch die radikalen Unterführer nicht abhalten lassen, trotzdem in die Koalition zu gehen.

Die Schiebung der SPD.-Parteiinstanzen zugunsten der Großen Koalition

Berlin, 8. Dezember.

Heute vormittag hat die Tagung des Parteiausschusses der SPD. begonnen. Die Tagung, die ursprünglich im Reichstagsgebäude stattfinden sollte, wurde nach dem „Vorwärts"-Gebäude verlegt, weil die sozialdemokratischen Führer anscheinend nicht sicher waren, daß die Verhandlungen auch vollkommen geheim blieben. Der „Vorwärts" teilt mit, daß der Parteiausschuß zur Frage der Großen Koalition nicht Stellung nimmt, das bleibt der morgen mittag tagenden Reichstagsfraktion vorbehalten.

★

Es ist ganz offensichtlich: In den Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wächst die Stimmung gegen eine Große Koalition. Zu bedeutungsvoll sind die Lehren der Vergangenheit gewesen, als daß denkende sozialdemokratische Arbeiter nicht in der Koalitionspolitik mit dem Bürgertum das Hauptübel für den Elendsweg des deutschen Proletariats sehen würden.

Aber es ist bezeichnend für den Geist der Sozialdemokratischen Partei, in welcher Weise der Wille der sozialdemokratischen Arbeiter respektiert bzw. nicht respektiert wird. Nach den vorliegenden spärlichen Meldungen über die Beratungen des Parteiausschusses der SPD. ist schon sicher, daß dieser Parteiausschuß irgendeine Entscheidung nicht gefällt hat, sondern daß man diese der Reichstagsfraktion der SPD. überläßt. Das ist vielsagend genug. Ohne daß die Parteiinstanzen der SPD. verraten, warum man eigentlich den Parteiausschuß bei der Entschlußfassung völlig ausschaltet, können wir den sozialdemokratischen Arbeitern aus sicherer Quelle verraten, daß dies deswegen geschah, weil bei einer entscheidenden Abstimmung im Parteiausschuß die rechtsstehenden Parteiinstanzen der SPD. eine Niederlage für sich befürchteten. Sie wissen genau, daß die Reichstagsfraktion viel zuverlässiger ist für den Eintritt in die Große Koalition. Wenn der Parteiausschuß sich diese Behandlung gefallen läßt, dann ist er übrigens genau so an der kommenden Großen Koalition schuldig wie die Reichstagsfraktion.

Die Verschiebung der Entscheidung vom Parteiausschuß in die Reichstagsfraktion bedeutet deswegen schon so gut wie eine Entscheidung für das zukünftige Zusammengehen entsprechend dem Hindenburg-Wunsch mit den monarchistischen Deutschen Volksparteiern, den schwarzen Zentrumspfassen und den ewig unzulänglichen Demokraten.

Die Fragen aber, die vor den sozialdemokratischen Arbeitern stehen, sind folgende: **Wollt Ihr den Weg Eurer sozialdemokratischen Führer zu Hindenburg weiter fortsetzen, oder wollt Ihr mit Euren Klassengenossen in der Kommunistischen Partei, den großen Massen der kommunistischen Arbeiter, zusammen um Eure proletarischen Rechte kämpfen?** Wir zweifeln nicht, daß die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter ganz im Gegensatz zu ihrer Parteiführung das letzte ehrlich wollen. Darum können wir nicht anders, als immer und immer wieder die sozialdemokratischen Arbeiter aufzufordern **aus den Betrieben und Gewerkschaften heraus eine einheitliche Front aller Arbeiter zu bilden.** In diesem Augenblick steht auf der Tagesordnung die Fürstenentschädigung. Es wird ein Prüfstein für die Sozialdemokraten, die gegen die Große Koalition sind, sein, ob sie in dieser Frage den richtigen Standpunkt einnehmen. Und der richtige Standpunkt kann in diesem Augenblick nur der sein: **Unterstützung des kommunistischen Vorschlags auf einen Volksentscheid gegen die Fürstenentschädigung.** Das ist ein Weg, wo kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter im praktischen Kampfe näherrücken können. Und ist erst einmal dieser Weg des praktischen täglichen Kampfes beschritten, dann wird sich im Verlauf der weiteren Entwicklung ohne Zweifel jene breite Klassenfront des Proletariats in Deutschland entwickeln müssen, die allein die Vorbedingung des Aufstiegs der deutschen Arbeiterklasse ist.

Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen Fürstenentschädigung

ADGB.- und ADB.-Versammlungen für den Volksentscheid

Zustimmung zum Offenen Brief der KPD.

Frankfurt a. M., 7. Dezember. Am Sonntag tagte hier eine Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB. der Gebiete Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck. 89 Delegierte waren erschienen, die etwa 220 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten.

Die Konferenz nahm einstimmig eine Entschließung an, die entschiedenen Einspruch erhebt gegen die Absichten, den Fürsten ungezählte Vermögenswerte auszuliefern. Wörtlich heißt es in der Entschließung u. a.:

„Die Konferenz verlangt, daß alle Vermögenswerte der früheren Fürsten und ihrer Angehörigen ohne Entschädigung vom Staate beschlagnahmt und alle Zahlungen sofort eingestellt werden. Die Schlösser sind in Erholungsstätten für die Kranken und Erholungsbedürftigen umzuwandeln. Um zu verhindern, daß Reich und Länder ihre Absichten verwirklichen, verlangt die Konferenz vom Bundesvorstand die sofortige Einleitung eines Volksentscheids in Verbindung mit den politischen Parteien der Arbeiterklasse zu veranlassen."

*

Essen, 6. Dezember. Eine am 5. Dezember tagende stark besuchte ADGB.-Versammlung faßte gegen nur drei Stimmen folgende Entschließung:

Die Mitgliederversammlung ist der Auffassung, daß die Arbeiterschaft sich aufzuraffen hat und herstellen muß eine einheitliche Front, die sich gegen die Abfindung an die Hohenzollern wendet. Sie begrüßt deshalb, daß die Kommunistische Partei die Initiative ergriffen hat und stellt sich hinter den Offenen Brief in einer Front gleichfalls mit den Gelsenkirchener Arbeitern. Vom ADGB. und von der Sozialdemokratischen Partei erwartet die Versammlung, daß sie nicht aus irgend welchen kleinlichen Gründen die Einheitsfront der Arbeiter sabotieren. Sollte das der Fall sein, so muß die Arbeiterschaft in den Betrieben die Einheitsfront zum Kampf gegen die Hohenzollern-Entschädigungen, gegen die Antreibermethoden des Unternehmertums, von unten bilden. Von den Regierungen und Parlamenten erwarten die Versammelten, daß nicht weitere Entschädigungen an die Hohenzollern ausgezahlt, sondern die entschädigungslose Enteignung ihrer früherer Besitzer erfolgt."

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Kaiserliche Volksvertreter

Der nachfolgende Artikel ist, da er innerlich mit dem geistigen Leitartikel „Fürstenknechte" zusammenhängt, als seine Fortsetzung zu betrachten. Red. d. „Klassenkampf".

Als Dr. Arthur Südekums Vergleichsvorschlag, der dem Exkaiser mehr brachte, als je sein Herz zu begehren wagte, infolge des Kapp-Putsches und anderer widerlicher Umstände nicht zustande gekommen war, blühte dem Hause der raffgierigen Hohenzollern ein neues Glück.

Es kam im Herbst 1921 in Preußen die Große Koalition zustande. Die Volkspartei, monarchistisch bis auf die Knochen, hatte vor der Preußenwahl, im Februar 1921, ihren Parteitag extra nach Potsdam gelegt, um so auf gewissermaßen historischem Boden einem erneuten Treuebekenntnis zum angestammten Herrscherhause größeren Nachdruck verleihen zu können. Der lauteste Rufer im Streit war Herr Dr. von Richter, der überdies wiederholt intime politische Briefe mit Wilhelm Hohenzollern gewechselt hatte. Und ausgerechnet dieser Mann wurde nun Preußens Finanzminister. In seinen, des Hohenzollernknechtes, gebeberetten Händen, lag also hinfort die Entscheidung über die vom Hause Hohenzollern gegen den preußischen Staat geltend gemachten Ansprüche.

Für die schwarzweißrote Volkspartei lohnte sich die Große Koalition schon aus diesem Grunde. Vertraulich war überdies die Abmachung getroffen worden, daß die Abfindung der Hohenzollern nur nach den geltenden Rechtsgrundsätzen zu erfolgen habe. Politische Gesichtspunkte müßten ausgeschaltet bleiben. Alle diesbezüglichen Vorstöße würden für die Volkspartei Anlaß sein, die Koalition zu sprengen. Die sozialdemokratischen Unterhändler stimmten zu und hüteten sich, ihrer Fraktion von dieser gravierenden Bestimmung Kenntnis zu geben.

Wilhelm Hohenzollern hatte indessen Herrn von Berg, dem Marschall der deutschen Adelsgenossenschaft, mit der politischen Vertretung seiner Ansprüche beauftragt. Nach wiederholten Rücksprachen mit Herrn von Richter kam man dahin überein, einen neuen Vergleich abzuschließen, und zwar sollte dieser Akt möglichst geräuschlos vonstatten gehen, Parlament und Oeffentlichkeit vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Nur ein kleines Hindernis stand noch im Wege. Der verantwortliche Ressortleiter im Finanzministerium, Ministerialdirektor Bachem, vertrat einen dem Minister entgegengesetzten Standpunkt. Er zeigte sich durchaus nicht hohenzollernfreundlich, war für die beabsichtigte Schiebung der kaiserlichen Paladine auch käuflich nicht zu haben und mußte also erst durch die üblichen Intrigen beseitigt werden.

Und siehe da, welch ein Zufall! Herr Bachem war plötzlich gezwungen, sich in dringenden Familienangelegenheiten auf sechs Monate beurlauben zu lassen. Kaum hatte er seinen Fuß auf die Bahn gesetzt, als Herr von Richter auch schon die zuständigen Ressortbeamten zusammenrief, ihnen auftrug, innerhalb dreier Tage einen Vergleichsvorschlag fertigzustellen, der dem Kabinett vorzulegen sei, wo er spätestens nach Ablauf einer Woche zum Beschluß erhoben werden müsse. Herr von Berg als bevollmächtigter Vertreter des Exkaisers stand schon mit gezückter Feder zur Unterschrift bereit.

Aber die Schiebung wurde ruchbar. Die kommunistische Presse schlug Lärm. Herr Bachem protestierte von Hamburg aus gegen die ihm zugefügte Treu und Glauben verletzende Brüskierung. Die Hohenzollernknechte verloren den Mut. Herr von Richter wurde im Landtage interpelliert und war gezwungen, den Unwissenden zu spielen, kurz, die Lumperei konnte nicht vollzogen werden. Dabei zeigte sich allerdings schon, daß die Sozialdemokratie nicht mit der erforderlichen Energie vorzustoßen wagte. Ihr waren durch die Koalition die Hände gebunden worden, und sie hielt still. Ein paar Ministerposten, einige mit volksparteilichem Segen bedachte Landräte standen auch für sie auf dem Spiele.

Nun begannen die Hohenzollern, von Richter ermuntert, mit Otto Brauns stillschweigender Zustimmung bedacht, eine Serie von Prozessen gegen den preußischen Staat anzustrengen, um sich so auf dem Wege eines sogenannten Rechtes die Vermögensobjekte der Reihe nach in die Hände spielen zu lassen. Warum protestierten die sozialdemokratischen Minister nicht gegen dieses Verfahren, warum alarmierten sie nicht das Parlament, warum trugen sie nicht schon damals ihrer Reichstagsfraktion auf, ein Reichsgesetz zu fordern, oder den Weg des Volksentscheides zu beschreiten, von dem sie jetzt — reichlich spät — so viel Aufhebens machen?

Einfache Sache. Die Große Koalition sollte nicht auffliegen. Ihrethalben war es der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ja sogar untersagt worden, durch Anträge oder Interpellationen die Volkspartei zu reizen.

Wilhelm Hohenzollern hatte somit ein willfähriges Parlament gefunden, das ihm, dank der Großen Koalition, bis weit in die Linke hinein wacker die Stange hielt. Besser war kein Dreiklassenparlament! Die Zeit arbeitete für ihn. Der Knoten wurde nicht mit einem kräftigen Hieb zerhauen, obwohl sich im Verlauf der letzten Jahre mehr wie einmal günstige Gelegenheit dafür bot. Und Wilhelm konnte um so eher die endgültige Regelung seiner Ansprüche auf die lange Bank schieben, als Preußen ja inzwischen dafür gesorgt hatte, daß in Doorn kein Mangel eintrat.

Unter dem Regime Heine-Hirsch-Südekum waren allein 60 Möbelwagen, vollgestopft mit wertvoller beweglicher Habe, heimlich, still und leise nach Holland gerollt. Der Gold- und Silberschatz war ausgehändigt worden — als Hochzeitsgabe für die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251209-14/fragment/page=0001

Neuvermählten. Dazwischen ein Witz mit blutigem Ernst. Bevor Ebert sein Palais in der Wilhelmstraße beziehen durfte, mußte es, das ehemalige Hofmarschallamt, dem Exkaiser abgekauft werden. Der Erlös, 12 Millionen Goldmark, diente zur Erbauung des Schlosses in Doorn. Dann waren noch dem Exkaiser zugeflossen: 32 Millionen Goldmark in bar, 24 000 holländische Gulden, von Steuern und Abgaben wurde er befreit, auch die Besoldung der Hofbeamten und die Versorgung der Schraazen hatte der Staat übernommen. Und schließlich floß ihm ab Januar 1924 die monatliche Rente von 50 000 Mark zu. Kein Abgeordneter, keine Presse erfuhr von diesen Schiebungen ein Wort. Sie kamen immer erst dann ans Licht, als es zu spät war, Korrekturen vorzunehmen.

Und nicht genug des Hohnes und der Verspottung der Hungernden! Wie heute jeder Konzern und jeder Industrieverband seinen gut bezahlten parlamentarischen Spezialisten hat, so schuf sich auch das Haus Hohenzollern einen parlamentarischen Spezialvertreter. Die Potsdamer Hofgesellschaft, vom Kaiser beauftragt, schickte 1921 Herrn Dr. von Kriege ins Preußenhaus mit der ausdrücklichen Verpflichtung, dort mit Nachdruck und Energie die Interessen der Krone zu vertreten.

Was Herrn von Berg allein nicht gelang, das konnte Herr von Kriege als Parlamentarier um so eher durchsetzen. Nach außen mimte er den großen Schweiger, redete nie, war immer loyal, der ewig lächelnde Diplomat. Dafür horchte er um so eifriger in den Couloirs herum, erschnüffelte jedes Wort, erspähte jede Absicht, war Dauergast im Finanzministerium und trug jede Regung der Parteien pflichtgemäß und brühwarm seinem kaiserlichen Auftraggeber in Doorn zu, teils brieflich, meist persönlich. Die Fahrt erster Klasse zahlen die Beutheim die preußischen Steuerzahler, denn Kriege reist auf Freifahrkarte. An der Grenze nimmt ihn das kaiserliche Auto auf. Ab nach Schloß Doorn! Dort wird beraten, werden Minen und Konterminen gelegt und den dummen Steuerzahlern lange Nasen gedreht.

Wilhelm und seine Paladine verstehen sich aufs Geschäft. Da kommt keiner mit. Denn das alles vollzieht sich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, und nur die Auguren des Parlaments lächeln, wenn der kaiserliche Abgeordnete auf der Bildfläche erscheint. Sie allein wissen, welchen Anteil an dem neuen Abfindungsvertrag auf das Konto der geschniegelten Exzellenz kommt und halten auf gut Freund. Denn Kriege ist Mitglied der schwarzweißroten Volkspartei, mit der man es nicht verderben darf, da ihr soeben wieder das Bett für eine neue Koalition warm gemacht werden muß.

Heut endlich zu und schlagt dem fürstlichen Raubgesindel und seinen Zutreibern die Tatzen ab. Sonst bekommt Wilhelm alles und noch mehr. Von unserem Geld! Und mit Hilfe eines unterwürfigen Parlaments und einer noch unterwürfigeren Regierung.

Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen Fürstenentschädigung

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

In Remscheid nahm eine große, vom ADGB. einberufene Erwerbslosen-, Kurzarbeiter- und Kurzarbeiterversammlung eine Resolution an, in der KPD., SPD. sowie die Gewerkschaften aufgefordert werden, den von der KPD. angeregten Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen deutschen Fürsten mit allen Mitteln zu fördern. Die Parole „Keinen Pfennig den Fürsten" fand die einmütige Zustimmung der Versammelten.

•

Eine von über 2000 Erwerbslosen besuchte Versammlung in Hamborn nahm einen aus der Mitte der Versammlung gestellten Antrag an, der fordert, daß die früheren Fürsten der Erwerbslosenfürsorge überwiesen werden sollen und das für die Exfürsten vorgesehene Geld für alle Notleidenden zur Verfügung gestellt würde. Die Stimmung der hungernden Erwerbslosen war ungeheuer erregt. Nach der Versammlung zog ein gewaltiger Demonstrationszug durch die Stadt, dem sich unterwegs noch über 1000 Erwerbslose und Arbeiter anschlossen.

•

Eine stark besuchte Erwerbslosenversammlung in Bochum ernannte einen Aktionsausschuß mit dem Auftrag, in sämtlichen Städten Rheinland-Westfalens Erwerbslosen-Demonstrationen gegen die Fürstenabfindung zu organisieren. Im Anschluß an diese Versammlung zog eine mehr als tausendköpfige Menge von Erwerbslosen durch die Stadt.

•

In der Vollversammlung des Provinzialverbandes Berlin der Gewerkschaft deutscher Volkslehrer am 5. Dezember wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die Gewerkschaft deutscher Volkslehrer fordert die Herbeiführung eines Volksentscheids über die Enteignung der Fürstenhäuser. Sie erwartet von ihren Spitzenorganisationen, dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, daß er alles unternimmt, diese Aufforderung in die Tat umsetzen zu helfen. Die Lehrer erwarten dies um so mehr, als die bürgerliche Regierung die unteren und mittleren Beamten in der Frage der Gehälter geradezu skandalös behandelt, während den davongelaufenen Fürsten Millionen nachgeworfen werden sollen."

*

Es ist erfreulich, daß besonders auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit sich im wachsenden Maße für den Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung entschließen. Noch erfreulicher aber ist es, daß auch die Angestellten und Beamten jetzt anerkennen, daß der Weg der KPD. eines Volksentscheids der richtige ist, und daß es ihn in möglichst breiter Einheitsfront zu beschreiten gilt. Aber noch ist die Sabotage der Gewerkschaftsbureaukratie der SPD. groß und droht das Werk des Volksentscheids zu verhindern und so zu erreichen, daß den ausgeriffenen Potentaten weitere Millionen und aber Millionen in den Rachen geworfen werden, zu derselben Zeit, wo die Erwerbslosen hungern, die Kriegsbeschädigten mit den lächerlichsten Renten abgespeist werden und die unteren Beamten am Hungertuche nagen.

Verschärft also, Arbeiter, Angestellte und Beamte, ohne Rücksicht auf Sonderparteizugehörigkeit den Kampf um die Durchführung eines Volksentscheides gegen die Fürstenentschädigung. Nie hat unter dem hohn- und kopfarbeitenden Proletariat eine solche Einmütigkeit geherrscht, als darin, daß den Fürsten kein Pfennig zugesprochen werden darf, daß den Erwerbslosen Brot und Arbeit gegeben und daß den unteren Beamten menschenwürdige Löhne gezahlt werden müssen.

Diese Einmütigkeit muß endlich einmal ausgenutzt werden, um den gekrönten Parasiten am deutschen Volke einen solchen Denkzettel zu verabreichen, daß sie es nie mehr wagen werden, das deutsche werktätige Volk mit ihren unverschämten Ansprüchen zu belästigen.

Beamtendemonstration unter roten Fahnen in Berlin

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 9. Dezember.**

Die gestrige Beamtendemonstration umfaßte über 50 000 Teilnehmer. Nur rote Fahnen wurden im Zuge getragen, keine schwarzrotgoldenen. Zur Annahme gelangte folgende Entschließung:

„Die am 8. Dezember 1925 in Berlin auf dem Gendarmenmarkt zu vielen Tausenden demonstrierenden Beamten der unteren Besoldungsgruppen richten in ihrer verzweifelten Notlage an Regierung und Volksvertreter in letzter Stunde noch einmal einen dringenden Ruf, daß wirksame und sozial gerechte Hilfe sofort erfolgen muß, wenn nicht der völlige Zusammenbruch der unteren Beamtenschaft und unerträglicher Schaden für das Volksganze eintreten soll."

„Die Kostenfrage hindert uns, dem Volksentscheid näherzutreten",

sagt der „Vorwärts" und — sitzt in der Patsche

Der „Vorwärts" hatte bekanntlich den Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der räuberischen Exfürsten abgelehnt. Er begründete die Ablehnung des Volksentscheids mit den hohen Kosten, die zwei Millionen Mark betragen würden. Wir hatten schon gestern darauf hingewiesen, daß die Kosten nicht mehr als 20 000 Mark betragen werden, eine Summe, die ohne weiteres von den den Volksentscheid beantragenden Parteien und Organisationen aufgebracht werden könnte. Zu der Frage des Volksentscheids und seinen Kosten schreibt der Genosse Stoecker der kommunistischen Presse folgendes:

„Man muß unterscheiden zwischen dem sogenannten Volksentscheid und dem Volksbegehren. Das Volksbegehren ist die Einleitung zu einem Volksentscheid. Ein Volksentscheid muß u. a. stattfinden, wenn in einem Volksbegehren ein Zehntel der Stimmberechtigten, etwa 3 900 000 Wähler, die Forderung eines bestimmten Gesetzentwurfes erheben. Ein Volksbegehren ist einzuleiten, wenn ein Antrag dazu von 5000 Stimmberechtigten unterzeichnet ist. Von der Beibringung dieser Unterschriften kann abgesehen werden, wenn die Vorstandschaft einer Vereinigung den Antrag stellt und glaubhaft macht, daß ihn 100 000 ihrer stimmberechtigten Mitglieder unterstützen.

Nach der jetzigen Rechtslage trägt die gesamten Verwaltungskosten für einen Volksentscheid das Reich. Bei einem Volksbegehren sind von den Antragstellern lediglich zu zahlen die Kosten für den Druck und den Versand der Einzeichnungslisten für das Volksbegehren. Die übrigen Kosten, die durch ein Volksbegehren entstehen, trägt das Reich. Die Verordnung, die für die Zulassung eines Volksbegehrens die Leistung einer Pauschsumme abhängig machte, ist seit dem 1. Oktober 1924 außer Kraft.

Auf meine Anfrage beim Reichsministerium des Innern, wie hoch wohl die Summe abzuschätzen sei, es kämen dafür doch höchstens 100 bis 200 000 Mark in Frage, erklärte der Regierungsvertreter, meine Schätzung sei sicher viel zu hoch, er glaube, daß nicht mehr wie 20 000 Mark notwendig seien."

Der „Vorwärts" schrieb in seiner Abendausgabe vom Sonnabend im Zusammenhang mit den zwei Millionen, die er zuerst hinterlegt haben wollte:

„Solange diese Frage nicht klar beantwortet ist, scheint uns allerdings eine weitere öffentliche Diskussion überflüssig zu sein."

Diese Frage ist nunmehr erledigt. Es ist verständlich, daß der „Vorwärts" über diese prompte Antwort in die größte Verlegenheit gebracht worden ist und er nimmt in seiner gestrigen Abendnummer wieder zu der Geldfrage des Volksentscheids Stellung.

Es ist typisch, daß er seine ganze bisherige Stellung fahren läßt und die Frage der Kosten von den Verwaltungs- auf die Agitationskosten zu schieben sich bemüht. Der „Vorwärts" schreibt: „Demgegenüber haben wir von der KPD. die Hinterlegung von zwei Millionen verlangt. Was davon übrig bleibt, soll sie ehrlich zurückbekommen." Diese Antwort ist so dumm, daß es einem Hund erbarmen möchte. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß die Agitationskosten von den Parteien aufgebracht werden müssen, die die Agitition betreiben. Bezahlt etwa das Reich die Flugblätter, die Lokale, die für eine Wahlkampagne von den einzelnen Parteien benötigt werden? Bei der KPD. ist das jedenfalls nicht der Fall gewesen. Trotzdem verlangt die SPD. von der KPD. eine Hinterlegung von zwei Millionen Mark. Wir erlauben uns deshalb eine Gegenfrage. Die SPD. ist — nach ihren eigenen Angaben — sechsmal so stark wie die KPD. Will sie die entsprechend höhere Summe, also 12 Millionen Mark „an sicherer Stelle" deponieren? Verlangt der „Vorwärts", daß der ADGB. mit seinen mindestens fünf Millionen Mitgliedern und das Reichsbanner mit seinen angeblich einer Million Mitglieder auch die entsprechend höheren Summen aufbringen, bevor überhaupt an die Agitation oder aber, nach dem „Vorwärts" überhaupt erst an eine Vorbesprechung herangegangen wird? Welche Summe käme dann wohl heraus?

Oder aber verlangt der „Vorwärts" etwa, daß die Kommunistische Partei die gesamten Agitationskosten für alle Organisationen bezahlen soll?

Der „Vorwärts" versucht, nachdem er sich heillos verrannt hat, aus der ganzen Frage des Volksentscheids eine journalistische Spielerei zu machen. Die Arbeiterschaft verlangt keine journalistische Spielerei, sondern den tatsächlichen Volksentscheid. Der „Vorwärts" hat ihn abgelehnt. „Hamburger Echo", Dresdner Volkszeitung" und andere sozialdemokratische Zeitungen befürworten ihn. Das Kuddelmuddel in der SPD.-Presse nicht nur in dieser Frage ist geradezu grotesk. Darum kann es für die gesamte Arbeiterschaft, für den Reichsbanner-Mann, für den SPD.-Arbeiter und den kommunistischen Arbeiter nichts anderes geben als: Keine Flausen, sondern heraus mit dem Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten!

Der kommunistische Wahlerfolg in Stuttgart

Stuttgart, 8. Dezember.

Bei einer Wahlbeteiligung von 43,6 Prozent erhielten an Stimmen:

KPD.	15 495	(gegen 10 491 bei der 1. Reichspräsidentenwahl)
SPD.	25 024	31 811
Demokraten	17 402	43 188
Zentrum	10 014	12 900
D. Volksp.	8 655	43 647
Deutschnat.	16 898	

Bei Berücksichtigung der Wahlbeteiligung hat die KPD. die Stimmenzahl der Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 wieder erreicht (sie erhielt damals bei 79 Prozent Wahlbeteiligung 28 171 Stimmen).

Erfreuliche Wahlziffern in den württembergischen Landstädten

Während die SPD. sich in Stuttgart in gleicher Weise wie die KPD. gehalten hat, hat die SPD. in den Landstädten Württembergs zum Teil erhebliche Verluste und die KPD. erhebliche Gewinne zu verzeichnen.

Metzingen: Kommunisten 5230 (2 Sitze), Sozialdemokraten 1446 (0), Demokraten 8005 (4), Bauernbund 3855 (2), Christliche 2965 (1), Bürgerpartei 1662 (0).

Fellbach: Kommunisten 2 Sitze, Sozialdemokraten 1, Weingärtner 3, Mittelstand 2, Bürgerpartei 1 Sitz.

Neuenbürg: Hier war eine starke Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Die Liste der Arbeiterschaft erhielt 845 Stimmen, die Liste der bürgerlichen Vereinigung 750 Stimmen. Zum ersten Male wurde hier auch ein Kommunist gewählt.

Böblingen: Kommunisten 3 Sitze, Sozialdemokraten 1, Vereinigte Bürgerliche 3, Demokraten 3. Die Kommunisten gewinnen 3, die Sozialdemokraten verlieren 3 Sitze. Genosse Götz erhielt die höchste Stimmzahl sämtlicher Gewählten.

Ein Bild der Verelendung des deutschen Volkes

(Eig. Drahtmeld.) **Gelsenkirchen, 9. Dezember.**

Der Polizeipräsident im Polizeibezirk Bochum, Gelsenkirchen und Herne teilte in einer Pressekorrespondenz mit, daß im Polizeibezirk Bochum, Gelsenkirchen und Herne bei 245 000 Einwohnern 61 000 Personen ausschließlich auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind, d. h. jeder neunte Einwohner erhält Unterstützung. In dieser Zahl sind nicht enthalten die Leute, die Renten erhalten, aber nebenbei Unterstützung beziehen. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 17 000 mit 25 000 Familienangehörigen. Nicht enthalten darunter sind Jugendliche, die keine Unterstützung bekommen. 2000 Arbeiter befinden sich in Kündigung. Viele Tausende Kurzarbeiter Ungünstigste Lage in Gelsenkirchen, wo jeder siebente Einwohner aus öffentlichen Mitteln unterstützt wird.

Ein Kulturbild aus der Hindenburg-Republik

(Eig. Drahtmeld.) **Rheinhausen, 9. Dezember.**

Ein furchtbares Bild von Wohnungselend wurde in Rheinhausen beobachtet. In einem einzigen Speicherzimmer wohnte eine Familie mit neun Personen. Diese Familie besteht aus einer 65 Jahre alten Frau und einem Ehepaar mit sechs Kindern, die im Alter von 4 bis 18 Jahren stehen. Der letzte Schnee hat den offenen Speicher, auf dem drei Jungen übernachteten, unwohnlich gemacht, da der Schnee dort fußhoch liegt. Die Jungen übernachteten deshalb jetzt in einem Raum der Polizei. Den Strohsack müssen sie täglich mitbringen. Für das „Zimmer" muß die Familie monatlich 10 Mark Miete zahlen.

Tagung des russisch-englischen gewerkschaftlichen Einheitskomitees in Berlin

Die skandinavischen Gewerkschaften treten dem Komitee bei

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 9. Dezember.**

Wie wir erfahren, trat das englisch-russische Einheitskomitee am Dienstag früh zur angekündigten Sitzung zusammen, um zu der Sachlage, wie sie sich zu der Amsterdamer Exekutive ergibt, Stellung zu nehmen. An der Sitzung beteiligten sich außer maßgebenden englischen und russischen Gewerkschaftern auch Vertreter der skandinavischen Gewerkschaften. Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt und wahrscheinlich auch an diesem Tage beendet. Am Schluß wird ein gemeinsam angefertigter Bericht veröffentlicht. Soviel kann aber jetzt schon gesagt werden, daß alle Hoffnungen der Amsterdamer auf einen Bruch zwischen den englischen und russischen Gewerkschaften vergebens ist. Im Gegenteil, der Kampf um die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit wird, allen Sabotageversuchen zum Trotz, von den englischen und skandinavischen Gewerkschaften, vereint mit den russischen, mit verstärkter Energie weitergeführt.

•

Zur Konferenz der Delegation der russischen Gewerkschaften mit englischen Gewerkschaftsvertretern nimmt der „Vorwärts" heute Stellung und schreibt: „Der Ausschuß des IGB. hat es ausdrücklich abgelehnt, mit Vertretern des Zentralrats des allrussischen Gewerkschaftsbundes zusammenzukommen und mit ihnen zu verhandeln aus Gründen, die in seinen auf Antrag Stenhuis gefaßten Beschlüsse niedergelegt sind. Solange die sonderbaren russischen „Einheits"-schwärmer es ablehnen, sich im Prinzip bereit zu erklären, dem IGB. beizutreten, ist jede Diskussion mit ihnen überflüssig. Das wird der Genosse Purcell als Präsident des IGB der russischen Gewerkschaftsdelegation hoffentlich klar machen. Die Auffassung der „Times", es sei unmöglich, zur selben Zeit loyal gegenüber Moskau und gegenüber Amsterdam zu sein, mag „spießbürgerlich" sein, sie erscheint uns dennoch als zutreffend.

Oppositionelle DMV.-Verwaltungen gewählt

(Eig. Drahtmeld.) **München-Gladbach, 9. Dezember.**

Am Sonnabend fand hier eine Generalversammlung des DMV. statt, auf der die Vorstandswahl und die Wahl der Delegierten zur Bezirks-Generalversammlung und die Wahl der Kartelldelegierten durchgeführt wurden. In der Zahlstelle München-Gladbach hatten bisher die Reformisten die Mehrheit. Die Wahl vom Sonnabend ergab eine Mehrheit der Opposition mit 47 gegen 23 Stimmen. Die gewählten fünf Vorstandsmitglieder, die 13 Delegierten zur Generalversammlung und drei Kartelldelegierte sind Kollegen der Opposition.

(Eig. Drahtmeld.) **Viersen, 9. Dezember.**

Im Viersener DMV. wurde die Liste der Opposition mit überwältigender Mehrheit angenommen. Die neuen Vorstandsmitglieder, die Delegierten zur Generalversammlung und die Kartelldelegierten sind Kollegen der Opposition. Die Reformisten erlangten einen einzigen Sitz.

(Eig. Drahtmeld.) **Düsseldorf, 9. Dezember.**

Die Metallarbeiter wählten auf ihrer Generalversammlung mit großer Mehrheit die Liste der Opposition. Zu Generalversammlungsdelegierten wurden ein Genosse der KPD. und ein Sympathisierender gewählt.

Das Schicksal Rakosis, Weinbergers und Genossen

(Eig. Drahtm.) **Budapest, 9. Dezember.**

Der Untersuchungsrichter des ordentlichen Gerichts hat die vorläufige Vernehmung der Genossen Rakosi, Weinberger und der mit ihnen noch in Haft befindlichen 26 Genossen beendet. Gegen Rakosi und Weinberger wird das Verfahren auch wegen Urkundenfälschung eingeleitet, weil sie mit falschen Pässen eingereist seien. Ihre voraussichtliche Strafe bewegt sich nach Angabe der Presse zwischen fünf und elf Jahren Zuchthaus, die der anderen bis fünf Jahre Zuchthaus. Genosse Weinberger soll außerdem die schon früher über ihn verhängte zehnjährige Zuchthausstrafe absitzen. Gegen Genossen Oery wird das eigentümliche Verfahren angewendet, ihn als „Deserteur" dem Militärgericht zu übergeben, obwohl in Ungarn keine Militärdienstpflicht besteht. Er wurde bereits ins Militärgefängnis übergeführt.

Ein Prozeß wegen zwölffachen Arbeitermordes in München

(TU.) **München, 8. Dezember.**

Mitte Januar findet hier ein großer Prozeß wegen zwölffachen Mordes statt. Es handelt sich hier um die Erschießung von zwölf Arbeitern durch eine Schützenarbeitung des Freikorps Lützow in den Maitagen des Jahres 1919. Angeklagt sind der damalige Leutnant Georg Pölzing aus Teltow und der damalige Feldwebel Erich Prüfert aus Berlin. Zu der Verhandlung, die eine Woche dauern dürfte, sind 70 Zeugen geladen.

•

Nach mehr als sechs Jahren rafft sich die bayrische Justiz dazu auf, wenigstens in einem Fall Arbeitermörder vor Gericht zu zitieren. Es scheint so, als wenn dieser Mordprozeß eine geringe Abschlagszahlung jener Anschuldigungen darstellen soll, die Gumbel in seinem Buch: „Vier Jahre Mord" durgelegt hat. Statt eines Prozesses müßten hundert derartiger Prozesse vonstatten gegangen sein. Es ist selbstverständlich, daß die bayrische Justiz durch diesen Prozeß lediglich formalrechtlichen Gründen in sehr beschränkter Weise Rechnung zu tragen gewillt ist. Der Ausgang des Prozesses ist nach der Gesetzesverfassung der bayrischen Richter kaum zweifelhaft. Wir werden darüber noch Bericht erstatten.

Ein neuer Unglücksfall im Meuselwitzer Kohlenrevier

Kaum ist das schwere Unglück auf der Grube 145, welches zwei Todesopfer forderte, vorüber, da hat sich auf dem Schwesterwerke, der Grube 113, ein neuer tödlicher Unglücksfall ereignet. Der Wiegemeister Bruno Teichmann aus Rositz ist beim Rangieren von der Maschine erfaßt worden. Es wurden ihm beide Beine abgefahren. Teichmann ist im Krankenhause verstorben. Er hinterläßt eine Frau und fünf unmündige Kinder. Dieser Unglücksfall wird auf das Antreibesystem zurückgeführt, von den Arbeitern wurde erklärt, daß kaum Zeit zum Essen wäre.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251209-14/fragment/page=0002

Schafft Rote Hilfe – und ihr schafft proletarische Einheitsfront

Die Rote Hilfe, deren Aufgabe es ist, für das Los der politischen Gefangenen, sei es, daß sie **der KPD., der SPD oder keiner Partei** angehören, Sorge zu tragen, ihnen juristisch mit Rat und Tat beizustehen und ihre Angehörigen zu unterstützen hat darüber hinaus noch einen politischen Zweck, nämlich **die Tendenzen der Einheitsfront des Proletariats zu stärken** und dieser Einheitsfront mit zum Siege zu verhelfen. Für Deutschland ist diese politische Aufgabe von höchster Wichtigkeit. Jeder klassenbewußte Arbeiter spürt und fühlt das, welcher Partei er auch immer angehört. Leider sind wir in Deutschland von diesem Ziel noch sehr weit entfernt. Das wird uns aber nicht hindern, immer und immer wieder diese Einheitsfront des Proletariats zu propagieren und kein Mittel unversucht zu lassen, sie praktisch zu verwirklichen.

Eine der elementarsten Aufgaben der Einheitsfront des Proletariats ist **das Zusammenstehen der Proletarier in jenen Fragen, wo die reaktionäre deutsche Klassenjustiz dem Proletariat Wunden geschlagen hat.** Während die Kommunistische Partei in dieser Frage vollkommen solidarisch denkt und in gleicher Weise in ihrer Presse alle jene Fälle, in denen kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter, die wegen ihrer politischen Ueberzeugung in die Gefängnisse und Zuchthäuser der deutschen Republik wandern müssen, behandelt, sehen wir, wie die sozialdemokratischen Parteiinstanzen und ihre Presse das Gegenteil tun. Angesangen von Denunziationen schmählichster Art und schmierigen Randglossen, ist das mildeste, was wir in der SPD.-Presse zu lesen bekommen, die immer wiederkehrende Ueberschrift bei brutalen Verurteilungen kommunistischer Arbeiter: **„Opfer der KPD."** Wer erinnert sich nicht, welche Hetze von der SPD.-Presse betrieben wurde, als die Kommunisten zur Sammlung von Unterschriften aufriefen, die eine Volksbewegung auslösen sollte, um aus der **Hindenburg-Amnestie eine wirkliche Amnestie** zu machen?

Wenn wir dieses feststellen, so stellen wir es der Wahrheit zuliebe fest. Wir stellen es fest, um dies Verhältnis zwischen SPD. und KPD. wenigstens in dieser Frage zu ändern. Wir halten das nicht nur für möglich, sondern auch für notwendig.

Die kapitalistischen Verschwörer

Die kapitalistischen Verschwörer: „Sehr gut, jetzt haben wir bald die Arbeiterpartei drin." Der erste Teil des Komplotts Baldwins, unter Führung Hicks, ist gelungen. Jetzt wollen sie auch die gesamte Arbeiterbewegung einfangen.

Aus dem „Daily Herald".

Dieses Bild, das dem Hauptorgan der **englischen Sozialdemokratie** entnommen ist, ist ein sinnfälliger Ausdruck dafür, daß in der Frage **des** Kampfes gegen die Klassenjustiz ein proletarisches Vorgehen möglich ist. Alle sozialdemokratischen Arbeiter, die sich heute noch durch ihre Presse in der Frage der proletarischen politischen Gefangenen, in der Frage der Roten Hilfe vergiften lassen und dadurch dazu beitragen, daß die Arbeiterschaft immer und immer wieder gerissen wird, sollten sich einmal dieses Bild genau ansehen. Sie sollten in ihrer Partei, wenn sie die Notwendigkeit einer Einheitsfront gegen die reaktionäre Klassenjustiz anerkennen, alles tun, um eine weitere Vergiftung in dieser elementaren Frage zu verhüten. Lauter und vernehmlicher Protest der sozialdemokratischen Arbeiter auf hämische, gemeine und denunziatorische Aeußerungen der SPD.-Presse gegen politische Gefangene der KPD. und parteilosen Arbeiter wird allmählich diese traurige Tatsache aus der Welt schaffen können. Wenn jeder sozialdemokratische Arbeiter es sich zur Pflicht macht, seine Presse darauf hinzuweisen, daß es **in den Fragen der politisch Verurteilten nur eine proletarische Solidarität gibt,** wird auch die deutsche sozialdemokratische Presse allmählich in dieser Frage umzulernen gezwungen sein. Ist das auf-die-Finger-klopfen der SPD.-Arbeiter der eigenen Presse gegenüber ein Mittel, um die Atmosphäre in dieser Frage zu reinigen, so ist ein zweites Mittel, um eine Einheitsfront in der Frage der proletarischen Gefangenen zustande zu bringen, die praktische proletarische Solidarität für die politischen Gefangenen durch die Organisierung der Arbeiter, seien sie Sozialdemokraten, Kommunisten oder parteilos, innerhalb der Roten Hilfe. **In dieser Woche veranstaltet die Rote Hilfe eine Werbewoche.** Das Ziel dieser Werbewoche muß sein: **Neue Arbeiterschichten mit dem Ziel und dem Zweck der Roten Hilfe bekanntzumachen, um sie in der Roten Hilfe zu organisieren.**

Clara Zetkins Mahnruf für die Rote Hilfe!

Die Rote Hilfe ist das Sanitätskorps der Arbeiterklasse, die aus der Nacht und Not des Kapitalismus emporsteigt zur Freiheit und Kultur. Jeder Rote Helfer, jede Rote Helferin muß diese Organisation tatkräftig fördern. Das bedeutet in sich die Verbreiterung ihres Wirkungskreises – und zwar jetzt, da Eile geboten ist. Dieses Blatt gebiete dem Werben, es gebiete jeder Wahlschlacht, ein großes, siegreiches Heim.

Clara Zetkin

Der „Rote Helfer" ist das Organ der Roten Hilfe Deutschlands. Das Vierteljahresabonnement beträgt 25 Pfennig. Jede Poststanstalt nimmt Bestellungen entgegen. Bestelle den „Roten Helfer" sofort bei der nächsten Poststanstalt.

Dank eines SPD.-Arbeiters an die Rote Hilfe

Von einem politischen Gefangenen, der der SPD. angehört, wird der Roten Hilfe folgendes geschrieben:

„An das Ortskomitee der Roten Hilfe in Osnabrück.
An das Bezirkskomitee der Roten Hilfe in Bremen!
Werte Kollegen!

Bin vor kurzer Zeit aus der Strafanstalt in Lingen entlassen worden und zu meiner Familie zurückgekehrt.

Ich war sehr erstaunt und erfreut, als ich von meiner Frau erfuhr, daß Ihr Euch meiner Familie in so aufopfernder Weise während meines Gefangenseins angenommen habt. Ich hatte dies gar nicht erwartet, da ich doch Mitglied der SPD. war.

Ohne Eure Unterstützung wäre meine Familie sicher in große Not geraten. Von den Herren, die immer die christliche Nächstenliebe predigen, ist meine Frau, als sie dort vorstellig wurde, wiederholt von diesen barsch angefahren worden.

Viele Arbeiter haben immer noch nicht die Notwendigkeit des Bestehens der Roten Hilfe eingesehen, sie stehen ihr sogar oft feindlich gegenüber. Meine Frau und ich haben uns jetzt zur Aufgabe gemacht, überall Aufklärung zu schaffen über Zweck und Ziel der Roten Hilfe und dieser viele neue Mitglieder zuzuführen.

Das soll unser Dank für Eure Unterstützung sein!

Georg Strothemeyer und Frau,
Osnabrück, Wiesenbachstraße 24."

Dieser Brief zerreißt wieder einmal das Lügengewebe der SPD., daß die Rote Hilfe nur Angehörige von gefangenen Kommunisten unterstützt und Parteilose oder SPD.-Arbeiter ihrem Schicksal überläßt.

Klassenjustiz gegen jugendliche Arbeiter

In Schwarzenberg in Sachsen standen am 26. November sieben jugendliche Arbeiter als Angeklagte vor der Klassenjustiz. Sie waren beschuldigt, am Tage der Hindenburg-Wahl einen vom Rechtsblock durchgeführten Propagandazug bewußt und bewaffnet überfallen zu haben. Bei diesem Vorgang sollen 10 Hakenkreuzler verletzt worden sein. Die faschistischen Zeugen, die am fraglichen **Tage in einer dreifachen Uebermacht unseren Genossen gegenüberstanden,** redeten in der Verhandlung von einem Ueberfall der Kommunisten, während die Beweisaufnahme in klarer Weise ergab, daß der **Ueberfall von rechts gekommen war und unsere Genossen nur in Notwehr handelten;** denn einwandfrei ist nachgewiesen, daß die Zahl der Proletarier genau ein Drittel der Hakenkreuzler ausmachte. Wie „tapfer" die Faschisten bei ihrer Hindenburg-Propaganda waren, zeigen die Aussagen der Zeugen, vor allem die Aussagen des Zeugen **Martin,** der nach Art der Heeresberichte wörtlich aussagte: **„Wir wurden überfallen und gingen in die Flucht!"**

Das Gericht mußte dann auch den Heldenmut der Flucht dieser Deutschland-Erneuerer anerkennen und die jungen Arbeiter verknacken.

Das Urteil lautet: Für **Fritz Teumer 2 Monate; Ernst Korb 2 Monate, Emil Göthel und Erich Sellner je 3 Wochen Gefängnis.** Die anderen drei Angeklagten wurden freigesprochen.

Jugendliche Arbeiter, die bei einem Ueberfall durch die Faschisten nicht ausstehen, sondern sich tapfer zur Wehr setzen, werden deshalb verurteilt und die Faschisten marschieren als Zeugen auf, um zu „beweisen", daß sie von einer Minderheit junger Arbeiter verprügelt wurden.

Die verurteilten Genossen verließen den Gerichtssaal mit dem Ruf: „Die rote Front marschiert trotzalledem!" Aus dem Zuschauerraum schallte es kraftvoll zurück: „Rot Front!"

Sozialdemokratischer Reichsbannerprolet Keine Eckener-Hilfe — sondern „Rote Hilfe"

5000 NEUE ABONNENTEN SIND FÜR DEN ROTEN HELFER GEWONNEN

Der „Rote Helfer" ist das Organ der Roten Hilfe Deutschlands. Das Vierteljahrsabonnement beträgt 25 Pf. Jede Postanstalt nimmt Bestellungen entgegen. Bestelle den „Roten Helfer" bei deiner Postanstalt sofort, damit du ihn vom 1. Januar an pünktlich erhältst.

Deutschlands revolutionäre Matrosen

2] Von Anti-Nautikus

Die soziale Zusammensetzung der Flottenmannschaft

Die Flotte mit ihrer ungeheuren technischen Komplizierthheit bedingte einen Mannschaftsbestand, der nicht nur nach rein physischen Gesichtspunkten, sondern der nach technischen Gesichtspunkten zusammengestellt worden war. Die Musterungslisten für die Marine der Vorkriegszeit weisen das auch am besten auf. Hohe technische Qualifikationen waren die Voraussetzungen bei der Aushebung von Mannschaften für die Marine. Sie ermöglichten es überhaupt erst, den Gedanken der Einzelausbildung an Bord Wirklichkeit werden zu lassen. Die erforderlichen Handfertigkeiten und beruflichen Kunstgriffe, die die Bedienung aller technischen Einrichtungen eines Kriegsschiffes erforderten, konnten natürlich nicht erst während der Dienstzeit angelernt werden. Soweit eine Ausbildung im technischen Sinne während der Dienstzeit überhaupt in Frage kam, bestand sie lediglich darin, die Arbeit des einzelnen von der aufbauenden Tätigkeit auf die Vernichtungsarbeit umzustellen. Qualifizierte Handwerker, Schlosser, Mechaniker, Heizer, Zimmerleute, Seeleute stellten somit das Hauptkontingent des Mannschaftsbestandes in der Flotte. Diese hochwertigen Kräfte, die bei jeder Aushebung zur Marine „gezogen" wurden, rekrutierten sich aber im wesentlichen aus den großen deutschen Industriezentren. Dorthin, wo der Hort der großen freigewerkschaftlichen Organisationen und Propaganda lag. Es war deshalb ganz selbstverständlich, daß dieses Mannschaftselement viel unruhiger und selbstbewußter war, und deshalb ganz anderen Erziehungsmethoden unterworfen werden mußte, wollte man dessen geistige und technische Qualitäten für den Flottendienst nutzbar machen. Aus dieser Tatsache heraus erklären sich alle Erscheinungen, die im Flottendienst und in der Ausbildung der Marinetruppen sich fortschrittlich vom Exerzierreglement der Infanterie, Kavallerie und Artillerie abhoben. Kurze militärische Ausbildung in geschlossenen Verbänden, dann mehrjährige Bordkommandos mit fast nur technischen Instruktionen und wenig militärischem Dienst waren die charakteristischen Merkmale der Mannschaftsschulung in der Marine. Weniger Disziplin, leichteres Avancement, technische Fortbildung an Fachschulen zeigten die ins Auge springenden Unterschiede am besten auf.

Wir sagten weiter schon, daß der Mannschaftsbestand der Marine vorwiegend aus Menschenmaterial zusammengestellt worden war, das aus den Industriezentren und Hafenstädten kam. Dank einer ausgeprägten sozialdemokratischen Agitation und Propaganda und guter Gewerkschaftsarbeit, dank der dort herrschenden Ausbeutungsmethoden war eine relativ scharfe Klassenscheidung zwischen Kapitalisten und Proletariern im wahrsten Sinne vorhanden. Die Arbeiter aus diesen Gebieten waren sehr wohl vertraut und bekannt mit den Kampfmitteln ihrer politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, um sich auf kollektiver Grundlage von den Kapitalisten und Regierungen wirtschaftliche und teilweise politische Rechte und Vorteile erkämpfen und ertrotzen zu können. Ihnen ging der Kelpeck vor dem Herrn, wie er heute noch zum Teil in agrarischen Gebieten Deutschlands bei der Landbevölkerung zu finden ist, völlig ab. Diese Momente bedingten, daß man, um sie bei der Flotte auszunutzen, nicht mit den üblichen Methoden, wie sie beim Landheer gang und gäbe waren, „erziehen" konnte. Man mußte wohl oder übel ihrer Eigenheit, ihrem Selbstbewußtsein Rechnung tragen, bis zu dem Grade, als man dabei durch Verzicht auf Kadavergehorsam ihre Qualitäten zugunsten der Seekriegsführung ausnutzen konnte. Also automatische Lockerung der Disziplin, wie sie sonst die Militaristen bekämpften, war bei den Flottenmannschaften eine notwendige Folge der Entwicklung der Flotte vom Verteidigungs- zum Angriffsmittel des Imperialismus.

Die technische Sonderstellung, die die Flotte gegenüber dem Landheere bezog, erforderte gleichzeitig auch nach einer anderen Seite hin Konzessionen. Bei objektiver Betrachtung leuchtet es ohne weiteres ein, daß die Führer der Flottenbewegung dahin streben mußten, die erworbenen technischen Qualitäten und Erfahrungen der Marinemannschaften solange als möglich der Flotte nutzbar und dienstbar zu machen. Aus dieser Tatsache resultiert z. B. der scharfe und erfolgreiche Kampf des Reichs-Marine-Amtes gegen den linken Flügel im Parlament und gegen die sozialdemokratische Bewegung — für längere als dreijährige Dienstzeit bei der Marine. Andererseits wurde aber auch durch kurzbefristete Avancements Voraussetzung für die Verlängerung der Dienstzeit geschaffen. So konnte z. B. ein qualifizierter Handwerker, wenn er für den Flottendienst kapitulierte, in anderthalb Jahren Unteroffizier sein, und dabei brauchte er nur vierjährige Dienstverpflichtung auf sich zu nehmen, während jedoch, wie bekannt, beim Landheere und selbst bei den ausgeprägtesten technischen Gruppen eine zwölfjährige Kapitulation erforderlich war. Als Kontrahent zur dreijährigen Dienstzeit und Kapitulation diente die Besoldungs- und Löhnungsordnung. Unter Einbeziehung des Kleidergeldes war die Löhnung und Besoldung des Mannschafts- und Unteroffiziers-Bestandes bei der Marine wesentlich höher als bei anderen Truppenteilen. Zu all diesen Dingen, die dazu dienten, die Schlagkraft der Flotte zu steigern und zu sichern, gesellten sich noch eine ganze Reihe Konzessionen, die sich einfach für den Flottendienst aus der sozialen Stellung des einzelnen Mannes im Zivilleben ergaben.

Die kollektiven Kämpfe der Industriearbeiterschaft und der Arbeiter in den Hafenstädten hatten selbstverständlich eine Differenzierung in der Lebenshaltung und in den Lebensbedürfnissen im Vergleich zur Landbevölkerung zur Folge. Eine Erscheinung, bei der man gerade bei der Schaffung der Flotte nicht vorübergehen konnte. Die Schulung, die vom Standpunkte des Klassenkampfes diese Proletarier im Zivilleben erhalten hatten, mußte bei den Lebensverhältnissen an Bord sich gegen das Kampfmittel, die Flotte selbst, richten. Es war deshalb ganz selbstverständlich, daß im Seedienstreglement Maßnahmen vorgesehen waren, die es den Flottenführern ermöglichten, trotz alledem diesen sortgeschrittenen Teil der Arbeiterschaft im Flottendienst zu halten, ohne unter ihnen eine antireaktionäre Bewegung hervorzurufen. Vor allem wurden hierbei im Ernährungs- und Verpflegungswesen neue Grundsätze geschaffen und überhaupt bei der Erhöhung der Lebensbedürfnisse der Flottenmannschaften (Flotten-Index) mehr Sorgfalt verwendet, als es beim Dienst des Landheeres zu geschehen pflegte.

Die Zusammensetzung der Marinemannschaften aus technischem und seemännischem Personal war im Verhältnis 1 : 1; beim Landheer war das Verhältnis der technischen Truppen zu dem übrigen Mannschaftsbestand 1 : 8. Bedenkt man dabei, daß im seemännischen Personal ebenso noch 20 Prozent rein technisches Personal (Funker, Navigationsleute, Feuerwerker) enthalten waren, so geht daraus hervor, daß die technische Truppe die rein militärische in der Flotte überwog. Dieses rein statistische Material allein schon würde genügen, ohne daß man das vorher Gesagte kennen würde, um den anderen Kurs im Erziehungswesen der Flottenmannschaften zu kennzeichnen.

Diese eigenartige soziale Struktur im Mannschaftsbestand der Flotte barg selbstverständlich große Gefahren und Widersprüche für den deutschen Imperialismus und seine Flottenpolitik in sich. Hier zeigt sich, wie überall in der kapitalistischen Gesellschaft, daß der Kapitalismus selbst seine eigenen Widersprüche und Ueberwinder zeugt, denn trotz sozialer Gehobenheit der Flottenmannschaften gegenüber denen des Landheeres war der Kern derselben dennoch antikapitalistisch eingestellt und mußte notwendigerweise im Verlaufe der Entwicklung zu revolutionären Antipoden der Ueberseepolitik des deutschen Imperialismus werden. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251209-14/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kass. Gerstenstraße 14 Fernruf 1473. – Postscheckkonto Leipzig 107 001.
Arbeiter-Sekretär: Quarto-Sekretär. Sprechstunden: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 5237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Diemitz. Funktionärsitzung der Partei unter Hinzuziehung des Kartells und der Gemeindevertreter Donnerstag 10. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus".

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Mücheln. Mitgliederversammlung Mittwoch, 9. Dezember, abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus". Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen.
Dürrenberg: Mitgliederversammlung Mittwoch, 10. Dezember, abends 8 Uhr im „Kronprinz". Wichtige Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
A. Mitgliederversammlung Sonnabend, 12. Dezember, abends 8 Uhr im Parteilokal. Alles muß erscheinen.
Kötschen-Benna. Generalversammlung Sonntag, 13. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthof „Lindner". Kein Genosse darf fehlen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Wittenberg: Funktionärsitzung Donnerstag, 10. Dezember, abends 8 Uhr, bei „Freudenberg". Alle Funktionäre müssen erscheinen.
Zöbernitz. Mitgliederversammlung Sonnabend, 12. Dezember abends 8 Uhr, im Lokal „Treitsch". Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen. Referent ist anwesend.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Belgern. Mitgliederversammlung Sonnabend, 12. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal „Richter". Die „Volkskalender" und die Wahlzeitungen müssen verrechnet werden.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Mitgliederversammlung Donnerstag, 10. Dezember, abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus". Wichtige Tagesordnung.
Zeitz: Mitgliederversammlung Freitag, 11. Dezember, abends 8 Uhr in der „Stadtmarkterherberge". Alles muß erscheinen.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Gauleitersiat: Arthur Brandt, Halle, Große Klausstraße 10 (Laden). Geöffnet: Wochentags 8 bis 10 Uhr und 2 bis 5 Uhr, Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 8 Uhr. Jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr.

Ortsgruppe Halle

Geschlossener Spielmannszug Donnerstag abend ½8 Uhr im „Volkspark" Ueben.
Erscheinen aller ist Pflicht.
Funktionäre: Mittwoch, 9. Dezember, abends pünktlich 8 Uhr im „Volkspark" große Sitzung.

Jungturm

Funktionäre! Mittwoch, 9. Dezember, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Sitzung.

Untergau Saalkreis

Diemitz. Mittwoch, 9. Dezember, 8 Uhr, Spielleute mit Instrumenten bei Rook.
Kietzleben. Freitag, 11. Dezember, 8 Uhr abends, „Sonne". Mitgliederversammlung.
Zöbernitz. Freitag, 11. Dezember, 7 Uhr abends, bei Beike, Mitgliederversammlung.
Reideburg-Eisdorf. Freitag, 11. Dezember, abends 8 Uhr, bei Sauermann, Mitgliederversammlung.
Kattenendorf Freitag, 11. Dezember, abends 8 Uhr, Pflichtversammlung.

Untergau Merseburg

Merseburg. Freitag, 11. Dezember, 8 Uhr abends, „Stadt Leipzig", Mitgliederversammlung.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Gerbstedt. Heute nachmittag 3 Uhr Antreten der Lehmeyer zur Beerdigung des Kameraden Rußnagel.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Mittwoch, 9. Dezember, Teilnahme an der Gründung in Löbnitz.
Wolfen. Donnerstag, 10. Dezember, „Weintraube", außerordentliche Mitgliederversammlung. Karten mitbringen.
Brehna. Freitag, 11. Dezember, abends 7 Uhr „Erholung". Pflichtversammlung.
Jütchz. Freitag, 11. Dezember, 8 Uhr, im „Löwen". Mitgliederversammlung. Karten mitbringen.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 9. Dezember, ½8 Uhr, bei Freudenberg Pflichtversammlung.

Untergau Delitzsch

Löbnitz. Mittwoch, 9. Dezember, 8 Uhr, Gründungsversammlung. Die Arbeiterjugend ist bereits eingeladen.
Delitzsch. Mittwoch, 9. Dezember, Teilnahme an der Gründungsversammlung in Löbnitz. Abfahrt 7 Uhr mit Autos vom „Lindenhof". Fahrpreis 65 Pf.

Untergau Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 9. Dezember, 8 Uhr in der „Herberge", Singestunde. **Alles bestimmt erscheinen.**

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Freitag, 11. Dezember, 8 Uhr Gewerkschaftshaus, Abteilung 3 und 4 Versammlung. Jungkturmmitglieder auch erscheinen.

Jungkturm

Freitag, 11 Dezember, 8 bis 10 Uhr abends, Gewerkschaftshaus, **zahlabend.** Jedes Mitglied hat an diesem Abend Beiträge und Rote Hilfe an den Kassierer zu entrichten.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Mittwoch, den 9. Dezember, abends 8 Uhr im Bibliothekszimmer des „Volkspark" Sitzung der Sammlerinnen.
Dessau. Mittwoch, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, Lokal „Richter", öffentliche Versammlung. Thema: Die Unternehmungen der JAH. in Rußland. Referent: Gobi Brühl, Moskau. Die Vorstände der proletarischen Organisationen sind besonders eingeladen.
Lützen. Freitag, 11. Dezember, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" JAH.-Kundgebung. Die gesamte werktätige Bevölkerung von Lützen und Umgebung muß an dieser Kundgebung teilnehmen.
Eilenburg und Bad Lauchstädt. Sonntag, 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in Eilenburg im Gasthofe zur guten Quelle gemeinsame Mitgliederversammlung der Ortsgruppen Eilenburg und Bad Lauchstädt. Wichtige Tagesordnung. Sämtliche Einzelmitglieder sowie kooperativen Mitglieder von Eilenburg und Bad Lauchstädt müssen vollzählig erscheinen. Referent: Genosse Hertmann, Stadtverordneter, Halle a. d. S.

Polizeiverordnung

Die Marktordnung für die Stadt Halle vom 30. September 1908 wird wie folgt geändert:

§ 1.

Der bisherige § 29 erhält folgende Fassung:
Der Gelegenheitsbetrieb ist auf dem Weihnachtsmarkte für alle Verkaufsstände in den Nachmittagen auf die Zeit von 5 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags, an den Sonntagen von 11½ Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags festgesetzt worden.

§ 2.

Diese Polizeiverordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.
Halle, den 8. Dezember 1925.

Die städtische Polizeiverwaltung.

Allgemeiner Konsumverein Halle und Umgeg., eGmbH.

Wir empfehlen:

Weihnachts-Stollen

in verschiedenen Größen,

sowie Backartikel zur Weihnachtsbäckerei, als:
Ia. amerikanisches Weizenmehl
Korinthen — Rosinen — Sultaninen
Mandeln, süße und bittere 4260
Schmelzbutter, Schmelzmargarine

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für **Naundorf** (bei Körbisdorf) gesucht. Meldungen **Filiale Gehälste** b. Mücheln, Gewerkschaftshaus (A. Haubenreißer)

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für **Pösen** gesucht. Meldungen beim Genossen **Gustav Degen, Pösen**

WALHALLA
Direktor: Paul Blattheon
Anfang pünktl. 8 Uhr Tel. 6385
Nur noch einige Tage!
der Stolz der 3. Kompagnie
mit

Hartstein
Hierzu die Sensationen:
2 Bramions 2, Guido Gialdini 4 Rennes 4, Daity Walkotte Mag Marzelli, 2 Pianis 2
4 Sphiden 4
Das Theater ist gut geheizt!
Kasse ab 11 Uhr ununterbrochen
Preise 0,60 1,50 2,00 2,50 usw.

Stadttheater
Städtische Sinfoniekonzerte
Die Preise für die zweite Rate **bleiben unverändert**
Stammkarten für 3,— 2,50 u. 2,— an der Theaterkasse 4257

Stadt-Theater
Donnerstag 8 Uhr
Der Troubadour
Ende 11 Uhr
Freitag 7½ Uhr
Hamlet
Hamlet: Durna
Ende 11 Uhr
Sonnabend 7½ Uhr
Hänsel u. Gretel
hierauf:
Nürnberg. Puppe

Wringmaschinen
mit 2 Heißwasserwalzen
39 cm lang, bestes System Jahr Gar.
20,00 Mk.
Otto Spaermann
a. Walhalla. Tel 6504

Pelzhüte u. Kragen
weid. umgearbeitet
Graseweg 17

Bettfedern
gewaschen, tuttfertig, a Qual., grau Pfd. 1,40 Mk.; 3,— 4,50 halbweiß; Pfd. 4,— Mk. schneeweiß geschlissen Pfd. Mk. 6,— bis 10,—, schneeweiße Halbdaunen Pfd. Mk. 9,— u. 10,—. Ab 5 Pfd. portofrei per Nachnahme.
Inletts federdicht, in allen Preislagen
— Lagerbetrieb sofort —
Kress & Co., Bettfedern-Versand
Plauenstraße 4.
4259

Morgen, Donnerstag:
Großes Schlachtefest
von früh 8 Uhr an
Wellfleisch
von 2 Uhr an
frische Wurst
Fritz Reizig
Bäckerstraße 1 4244

Backartikel
Kolonialwaren
ff. hausschlachtene
Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt 345
K. Fallenbacher
Angerweg 1 Telephon 2777

Ruhebetten
gute haltbare Arbeit
auf 4258
Teilzahlung
Anzahlung 5 Mk., Wochenrate 3 Mk.
Passende Decken, große Auswahl
Anzahlung 5 Mk., Wochenrate 3 Mk.
Eichmann & Co.
Gr. Märktstr. 51
Eing. Schulstr.

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Preis ½ Pf. nur 50 Pfg. Überall erhältlich.

Konsumverein Hohenmölsen-Teuchern
e. G. m. b. H. zu Hohenmölsen

Unsere Verkaufsstellen sind am **Sonntag, dem 13. und 20. Dezember 1925 bis abends 6 Uhr**
*4250
geöffnet
Wir bitten unsere Mitglieder ihre **Weihnachtseinkäufe,** sei es zu Back- oder Geschenkzwecken, ausschließlich nur in ihrem eigenen Geschäft zu tätigen
Sämtliche Waren gut und preiswert
Unsere **Schnittwarenabteilung** in Hohenmölsen ist sehr gut sortiert und bietet reichhaltige Auswahl
Wir empfehlen diese Abteilung der besonderen Beachtung
Der Vorstand

Konsum-Verein Hohenmölsen-Teuchern eGmbH., zu Hohenmölsen

Die Auszahlung der Rückvergütung
findet wie folgt statt:

Freitag, den 11. Dezember 1925
in Döbris . . . von 8 bis 10 Uhr vormittags
in Kötschau . . von 11 bis 5 Uhr nachmittags
in Hohenmölsen . von 3 bis 6 Uhr nachmittags

Sonnabend, den 12. Dezember 1925
in Hohenmölsen . von 9 bis 12 Uhr vormittags
in Muschwitz . . von 8 bis 12 Uhr vormittags
in Grunau . . . von 2 bis 5 Uhr nachmittags

Sonntag, den 13. Dezember 1925
in Wildschütz . . von 8 bis 12 Uhr vormittags
in Gröben . . . von 8 bis 12 Uhr vormittags
in Deuben . . . von 8 bis 11 Uhr vormittags

Montag, den 14. Dezember 1925
in Osterfeld . . von 8 bis 12 Uhr vormittags
in Osterfeld . . von 2 bis 6 Uhr nachmittags
in Taucha . . . von 8 bis 12 Uhr vormittags
in Granschütz . von 2 bis 6 Uhr nachmittags
in Naundorf . . von 8 bis 12 Uhr vormittags

Dienstag, den 15. Dezember 1925
in Stößen . . . von 7 bis 11 Uhr vormittags
in Weideisdorf . von 8 bis 12 Uhr vormittags
in Teuchern . . von 8 bis 12 Uhr vormittags
in Teuchern . . von 2 bis 6 Uhr nachmittags

Wir bitten die Mitglieder, die vorgesehenen Zeiten genau einzuhalten und die Rückvergütung nur in den Verkaufsstellen zu erheben, wo die Marken abgegeben sind.
Die über die Markenkarte ausgestellte Quittung ist bei der Auszahlung vorzulegen
*4251 **Der Vorstand**

Parteischriften
empfehlen die
Volksbuchhandlungen
Lerchenfeldstraße 14 Harz 42/44

Genossenschafter, Hausfrauen! Backartikel bezieht man nur im Konsumladen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251209-14/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Der hallische Gewerkschaftstag

Einige Lehren

Der erste allgemeine Gewerkschaftstag für Halle, der am 3. bzw. 4 Dezember stattfand, hat verschiedene wichtige Lehren nicht nur für Halle, sondern für die Gewerkschaftsarbeit im ganzen Bezirk gebracht. Der Besuch ließ in allen Industriegruppen noch zu wünschen übrig, wenn auch für das Baugewerbe und die Metallindustrie ganz stattliche Versammlungen zustande gekommen waren. Eine ganze Reihe Genossen hat bisher noch nicht genügend den Druck der Partei hinsichtlich ihrer Gewerkschaftsarbeit gespürt, sie meinen anscheinend noch immer, daß die Organisierung solcher Veranstaltungen wie des Gewerkschaftstages und die Behandlung so wichtiger Probleme wie die Vorbereitung der Ortsverwaltungswahlen und eine konkrete Stellungnahme zur Arbeitslosenfrage sie nichts angingen und daß ja „die anderen" für sie die Arbeit mittun könnten. **Das muß jetzt grundlegend anders werden** und die neugewählten bzw. bestätigten Industriegruppen- und Fraktionsleitungen werden Hand in Hand mit der Gewerkschaftsabteilung jetzt in jeden Betrieb hinein bis zur Erfassung des letzten Parteigenossen ihre Tätigkeit ausüben.

In den verschiedenen Industriegruppenversammlungen herrschte **über die allgemeine Linie der Partei** und insbesondere über das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern in Betrieb und Gewerkschaft eine **einmütige Auffassung.** Bei den **Metallarbeitern** wurden gute Anregungen über die Propagandaarbeit und Verwurzelung in den einzelnen Betrieben gegeben. Auch in der Industriegruppe **Verkehr** wurde darüber gesprochen, welche guten Dienste Flugblätter und Verteilung der Zeitung sowie Ankleben bestimmter Artikel aus dem „Klassenkampf" leisten. Die Debatten über die notwendigen Schritte in der Frage der Stellegungen und Arbeitslosigkeit brachten leider noch nicht überall das ganz konkrete Material aus den verschiedenen Berufen und bestimmte praktische Vorschläge, wie sie nur aus der genauen Kenntnis aus eigener Erfahrung möglich sind. In der Industriegruppe **Bau** drohte noch wieder die sehr stark nur von gefühlsmäßiger Seite her diskutierte Frage der Gewerkschaftseinheit alle anderen zur Tagesordnung stehenden wichtigen Fragen zu überwuchern. — In einigen Berufen war es noch nicht möglich, eine endgültige Fraktionsleitung zu benennen, so daß hier die Industriegruppenleitungen **sofort nachgreifen** und in einer besonderen Fraktionssitzung des betreffenden Berufes diese ersten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit schaffen müssen.

Im allgemeinen haben die Versammlungen gezeigt, daß noch mehr die **Methode kurzer Richtlinien und Thesen für die auf der Tagesordnung stehenden Fragen angewandt** werden muß, damit eine umfangreiche, wirklich auf ganz bestimmte Punkte konzentrierte Diskussion stattfindet. Vor allem aber haben wir die wichtige Lehre gezogen, daß noch viel mehr, als das bisher erreicht wurde, **die Zellen- und Gewerkschaftsarbeit Hand in Hand** gehen muß. Die nächsten Gewerkschaftstage werden erst als Abschluß einer **intensiven Vorbereitung in jeder einzelnen Betriebszelle** angesetzt werden. Auf diese Weise wird es auch eher möglich sein, wirklich das letzte Parteimitglied von der Wichtigkeit der Arbeit und von der Notwendigkeit seiner eigenen Mitarbeit an der Linie der Gesamtpartei zu überzeugen.

Immerhin hat der erste Gewerkschaftstag eine stattliche Zahl von Parteimitgliedern in Halle erfaßt und in einer Richtung zur praktischen Arbeit vorbereitet. Die gesamte Parteimitgliedschaft wird mithelfen, daß wir von Mal zu Mal vorwärtsschreiten.

Rüstet zu den Ortsverwaltungswahlen!

(Arbeiterkorrespondenz)

Aus Merseburg wird uns geschrieben:

Laut Beschluß des Reichsparteitages sollen 75 Prozent Gewerkschaftsarbeit sein. Wie wir diesen Beschluß durchführen, hat angesichts der kommenden Ortsverwaltungswahlen unsere Parteiarbeit einzusetzen. Die Wahlen in den Gewerkschaften erfordern, daß tüchtige Fraktionsarbeit gemacht wird. Diese Gewerkschaftserfolge zeigen der Partei am allerbesten, welche Genossen im Betriebe und in der Gewerkschaft wirklich arbeiten.

Bei uns sind die Wahlen schon durchgeführt, und wir haben fast den gesamten Vorstand mit Ausnahme des Schriftführers und des Kassierers besetzt. Beschäftigt im Betrieb und im Verband organisiert sind ungefähr 80 Mann, davon nur drei Parteimitglieder. Ihr seht also, Genossen, es ist etwas zu machen, wenn wir nur **richtig für unsere Sache zu werben** verstehen. Wir haben unsere Kollegen einzeln bearbeitet, nicht nur im Betrieb, sondern Abend für Abend auch in den Wohnungen. Wir haben uns manche Abfuhr geholt, aber wir haben uns nichts verdrießen lassen und hatten schließlich doch Erfolg. Wir hatten uns gesagt, daß es **nie wieder** so gehen dürfte, daß wir auf einem Gewerkschaftskongreß nur mit zwei und einem halben Delegierten dasitzen!

Genossen, wenn wir wie im Vorjahre vergessen, was eigentlich gespielt wird, dann wird bestimmt nicht ein einziger revolutionärer Arbeiter im Kartell und in den Gewerkschaften sitzen. Das muß unter allen Umständen vermieden werden! Nutzt solche Vorgänge wie im Blanckeſ-Werk in Merseburg aus, zeigt den Arbeitern, daß **nur eine geschlossene gewerkschaftlich organisierte Masse** es verhindert, daß Schikanen und Entlassungen im Betriebe überhand nehmen. Bringt die Schwankenden wieder in die Versammlungen der Gewerkschaften, stellt dort leicht verständliche Anträge, die die Arbeiter doch interessieren, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Weist auch darauf hin, in welch schamloser Weise sich unsere Merseburger Bonzen in den Kartellsitzungen benommen haben, wo sie in völlig betrunkenem Zustande ankamen. Diese Leute dürfen jetzt selbst vor ihren SPD.-Kollegen nicht mehr sprechen. Solche Schandpfähle in der Gewerkschaftsbewegung müssen durch unsere Kraft gänzlich beseitigt werden.

Darum auf, Genossen, auf, revolutionäre Gewerkschafter! Die nächsten Kongresse und Sitzungen müssen von uns beherrscht werden! Der Weg der Revolution geht über die Gewerkschaften!

Der 3. Reichskongreß des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter

(Schluß.)

Am Schluß der Sitzung überbringt ein Vertreter der **Baustelle Grasbrook, Gasanstalt Hamburg,** die Grüße der Belegschaft, die zu neun Zehnteln im VGB. und zu einem Zehntel im VdaB. organisiert ist. Die Belegschaft erwartet vom Verbandstag gute und revolutionäre Arbeit für die Einheit, die sich mit ganzer Kraft verwirklichen will. Sie erwartet insbesondere von der Berliner Delegation, daß sie von ihrem unhaltbaren Standpunkt ablasse. Er verliest eine entsprechende Resolution, die von der Gesamtbelegschaft gegen nur zwei Stimmen angenommen sei.

Ein Vertreter der **Baustelle des Kraftwerks der Hochbahn** in Barmbeck, Mitglied des VGB., überbringt gleichfalls Grüße und teilt mit, daß die VGB.-Mitglieder den Beschluß der letzten Beiratssitzung des VGB. nicht billigen und immer energischer für die Wiederaufnahme der VdaB.-Mitglieder, die sie als aufrechte Kämpfer schätzen und achten, eintreten. Er erwartet, daß der Verbandstag durch entsprechende Entschlüsse diesen Bestrebungen nachkomme.

Den beiden Kollegen wird der Dank und den Belegschaften revolutionäre Grüße des Verbandstages ausgesprochen mit dem Bemerken, daß er mit Dreiviertel-Mehrheit für die unbedingte Wiedervereinigung eingetreten sei.

Zum Kampf um die knappschaftlichen Rechte der Bergarbeiter

Beseitigung und Kürzung der Invalidenpensionen

Von Gustav Sobottka

Das Hauptaugenmerk der Knappschaftsnovelle richtet sich natürlich auf **Beseitigung und Kürzung der Invalidenpension.** Die Grubenherren und ihre reaktionären Freunde können nicht vertragen, daß auch der Bergarbeiter, wenn er 50 Jahre alt ist und 25 Jahre in der Grube geschuftet hat, ein Recht auf Rente haben soll. Im Jahre 1923 hat man unter dem Druck der unter dem Besatzungszwang stehenden Bergarbeiter des Ruhrgebiets, die man zum passiven Widerstand gegen den sogenannten Erbfeind brauchte, einerseits — und der übrigen Bergarbeiter, die man zur Ueberarbeit und einer Steigerung der Kohlenförderung brauchte, andererseits, die alte Forderung der Bergarbeiter, wenn auch in unzulänglichem Maße, erfüllt. Heute glaubt man, sie ihnen wieder rauben zu können. In sehr geschickter Weise ist der Raub in der Gesetzesnovelle vorgesehen. Die Begründung spricht sogar aus, daß das nicht zutreffe, sondern daß noch ein Vorteil für die Bergarbeiter herauskommen würde. Zum besseren Verständnis seien hier die betreffenden Paragraphen wörtlich angeführt.

§ 25 des RKG. sagt:

„**Invalidenpension** erhält:

1. Wer dauernd berufsunfähig ist.
2. Wer nicht dauernd berufsunfähig ist, aber mindestens 26 Wochen ununterbrochen berufsunfähig gewesen ist oder nach Wegfall des Krankengeldes berufsunfähig ist, für die weitere Dauer der Berufsunfähigkeit."

§ 26.

„**Berufsunfähigkeit** wird auch als vorhanden angesehen, wenn der Antragsteller das 50. Lebensjahr vollendet, 25 Dienstjahre zurückgelegt, während dieser Zeit mindestens 15 Jahre wesentliche bergmännische Arbeiten verrichtet hat und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichtet. Eine Lohnarbeit gilt dann als gleichwertig, wenn sie nach der Entlohnung der höchstgelohnten Arbeiter entspricht, die der Berechtigte während seiner Dienstzeit nicht nur vorübergehend verrichtet hat."

§ 31 des alten RKG. bestimmt dann noch, daß die Invalidenpension bei 25 Dienstjahren 40 Prozent des Hauerdurchschnittslohnes betragen muß.

Die Novelle sieht nun an Stelle dieser folgende Bestimmung vor:

„**Invalidenpension** erhält:

1. Wer das Alter von 65 Jahren vollendet hat oder dauernd berufunfähig ist.
2. Wer nicht dauernd berufsunfähig ist, aber mindestens 26 Wochen ununterbrochen berufsunfähig gewesen ist, oder nach Wegfall des Krankengeldes berufsunfähig ist für die weitere Dauer der Berufsunfähigkeit.

Die Invalidenpension soll 40 Prozent des Hauerdurchschnittslohnes betragen. Diese Bestimmungen aber beseitigen den jetzigen Zustand, der mit Vollendung des 50. Lebensjahres und 25. Dienstjahres dem Bergarbeiter 40 Prozent des Hauerdurchschnittslohnes als Invalidenpension gewährt." Um diesen Raub nicht zokraß ins Auge springen zu lassen, wird in der Novelle ein besonderer Abschnitt eingefügt und eine neue Alterspension geschaffen. Die betreffenden Bestimmungen lauten:

„2. Alterspension.

§ N.

Alterspension erhält auf Antrag, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat, mindestens 300 Beitragsmonate nachweisen kann, mindestens während 180 Beitragsmonate wesentliche bergmännische Arbeiten verrichtet hat und die Lohnarbeit in knappschaftlichen Betrieben aufgibt.

§ O.

Die Alterspension beträgt 60 vom Hundert der erdienten Invalidenpension. Beantragt das Mitglied nach Erfüllung der Voraussetzungen des § N zu einem späteren Zeitpunkt, so erhöht sie sich für je weitere zwölf Beitragsmonate um 4 vom Hundert der Invalidenpension bis zum vollen Betrage der erdienten Invalidenpension."

Man vergleiche genau diese Bestimmungen und dann wird man herausfinden, welcher Unterschied vorhanden ist. Während jetzt ein Bergarbeiter nach Vollendung des 50. Lebensjahres und 25 Dienstjahren 40 Prozent des Hauerdurchschnittslohnes als Invalidenpension bezog, würde er, wenn die Novelle Gesetz werden sollte, **erst nach Vollendung des 65. Lebensjahres** und 25 Dienstjahren die 40 Prozent der Hauerdurchschnittslohn als Invalidenpension beziehen. Derjenige Bergarbeiter, der von der neuen Bestimmung der Altersrente mit Vollendung des 55. Lebensjahres und 25 Dienstjahren Gebrauch machen würde, würde nur 60 Prozent von der erst beim 65. Lebensjahre zu erwartenden Invalidenrente erhalten.

Welche Folgen das in geldlicher Beziehung haben würde, zeigt folgende Gegenüberstellung:

Zurzeit beträgt der Hauer-Durchschnittslohn im Ruhrgebiet 8,05 Mark. Die Rente wird errechnet nach 25 Arbeitstagen für den Monat. Davon 40 Prozent sind 80,50 Mark bei 50 Lebensjahren und 25 Dienstjahren.

In Zukunft bei demselben Hauer-Durchschnittslohn nur 60 Proz. von 80,50 Mark, sind nur 48,30 Mark bei 55 Lebensjahren und 25 Dienstjahren.

Allerdings steht der Entwurf vor, daß denjenigen Arbeitern, die mit 55 Lebensjahren die Alterspension beantragen und mehr als 25 Dienstjahre haben, diese Jahre mit angerechnet werden und die Rente für jedes Jahr über 25 um 4 v. H. der Invalidenpension erhöht wird.

Demnach würde ein Bergarbeiter mit 55 Lebensjahren und 30 Dienstjahren erhalten 48,30 Mark plus 5×4 Prozent der Invalidenrente = 15,10 Mark, also im Ganzen 64,40 Mark. Immerhin nach **16,10 Mark weniger, als er heute bei 50 Lebensjahren erhält.**

Die Gewährung der Invalidenpension ohne Berufsunfähigkeit erst bei 65 Jahren und bei 55 Jahren nur eine sogenannte Alterspension, die nur ein Teil der Invalidenpension ist, bedeutet die vollkommene Beseitigung der Invalidenpension ohne Nachweis der Berufsunfähigkeit. Denn es wird unter Zehntausenden von Bergarbeitern vielleicht einen geben, der mit 65 Jahren noch im Kohlenberg Hauerarbeiten verrichtet.

Der Erwerb der in der Vorlage vorgesehenen Alterspension wird aber vollkommen unmöglich gemacht durch die Bestimmung des Paragraphen N, die voraussetzt, daß **derjenige, der die Alterspension beantragt, die Lohnarbeit in knappschaftlichen Betrieben aufgeben muß.** Um die 48,30 Mark Alterspension zu bekommen, die zum Leben absolut nicht reicht, muß er von der Zeche verschwinden. Wo soll aber der Bergarbeiter Arbeit erhalten, wenn er 25 Jahre in der Grube geschuftet hat und 55 Jahre alt geworden ist? Bis heute war es ihm möglich, weiter beschäftigt zu werden mit leichterer Arbeit, wie z. B. Reparaturhausarbeiten, Bremser, Maschinenputzer oder sonstiger Beschäftigung. Diese Arbeiten werden auch nicht verschwinden, und werden die Zechen auch auf diese Arbeiter nicht verzichten können. Wenn das in die neuen Gesetzesbestimmungen aufgenommen werden soll, so nur, um zu verhindern, daß von der Alterspension überhaupt Gebrauch gemacht werden kann.

Kennzeichnend ist auch hier die Begründung, die das Reichsarbeitsministerium diesem Rentenraub gibt. Es heißt darin:

„Die in dem Reichsknappschaftsgesetz vorgesehenen Pensionen haben auch einen starken Anreiz auf die Bergarbeiter ausgeübt, sich die Leistungen des Gesetzes möglichst zu sichern. Am 31. Dezember 1923 waren 66 180 Knappschaftsinvaliden vorhanden. Ihre Zahl ist in dem ersten Jahre der Wirksamkeit des Reichs-Knappschaftsgesetzes ungewöhnlich gestiegen. Am 1. Januar 1925 bezogen 114 414 Personen knappschaftliche Invaliden- und Alterspensionen."

Diese Schilderung soll den Eindruck erwecken, als wenn die Bergarbeiter jetzt in Scharen sich pensionieren ließen und nicht mehr arbeiten wollten. Die Richtigkeit der hier angeführten Zahlen soll nicht angezweifelt werden, aber sie als Maßstab anzulegen, ist direkt Unfug. Das Reichsarbeitsministerium weiß, daß während der Inflationszeit der Jahre 1920 bis 1923 sich kein Bergarbeiter — solange es eben ging — pensionieren ließ, weil infolge der dauernden Geldentwertung fast gar keine Renten gezahlt wurden. Die Bergarbeiter schleppten sich zum Pütt unter der äußersten Anstrengung, um wenigstens den geringen Lohn zu erhalten. Im Jahre 1924 sind darum nicht nur die Rentenanträge auf Grund der „hohen" Renten des Reichsknappschaftsgesetzes gekommen, sondern alle, die 1920, 1921, 1922, 1923 nicht gestellt wurden, also von vier Jahren.

Auch die hohen Renten der Hinterbliebenen haben es dem Reichsarbeitsministerium angetan. Der Begründung ist eine Tabelle beigefügt, in der nachgewiesen werden soll, daß die Renten für Witwen und Waisen viel höher sind als der Arbeitsverdienst eines Vollhauers. Tatsächlich werden auch solche Beispiele angeführt. Es wird ausgeführt, daß bei einem Monatsverdienst von 200,50 Mark bei einem Unfall die Witwe mit 5 Kindern 290 Mark an Renten erhält. Andere erhalten 30, 40, 50 und mehr Mark monatlich mehr als die in Arbeit stehenden Kameraden. Wessen Geist diese Begründung atmet, wird aber auch gleich gesagt. Es heißt nämlich, daß die Tabelle von Zechen gefertigt worden ist. Wahrscheinlich war es dem Reichsarbeitsministerium selbst nicht möglich, die Witwen mit den hohen Pensionsrenten und die Bergarbeiterrentiers mit den glänzenden Pensionen zu finden.

Vierter Tag

Die Diskussion über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt. Kollege Schiele versucht vergeblich nachzuweisen, daß Berlin von der Hauptkasse stiefmütterlich behandelt sei.

Kollege Andree-Stettin hingegen anerkennt die durchaus gerechte Verteilung der Gelder der Hauptkasse bei den Streiks. Auch die Unterstützung seitens der KPD. müsse rückhaltlos anerkannt werden. Durch ihre Aktion sind allein in Berlin rund 25 000 Mark Sammelgelder eingegangen. **Die Anwürfe der Kaiser-Leute gegen die KPD.-„Führung" reichen nicht an diese heran.** Besonders anzuerkennen sei, daß auch die Angestellten während des Kampfes nur für die Streikunterstützung gearbeitet haben. Kollege Andree bringt folgende Entschließung ein:

„Der Reichskongreß des VdaB. stellt fest, daß das Zentralbureau alle Maßnahmen ergriffen hat, welche im Interesse unserer Organisationen lagen, um die Kämpfe zum Begreifen Ende zu führen. Das Zentralbureau hat **die zur Verfügung stehenden Gelder der Organisation gerecht an die im Kampfe stehenden Vereine verteilt. Der Reichskongreß spricht dem Zentralbureau für seine Tätigkeit das volle Vertrauen aus."**

Ein Revisor beantragt die **Entlastung des Kassierers.**

Kollege Kaiser stellt wieder einmal die unsinnige Behauptung auf, Kollege Heckert habe zu Schumacher (!) vom oppositionellen Bekleidungsarbeiter-Verband erklärt, die Berliner Vereinskollegen würden doch bald Streikbrecher werden, deshalb empfehle er ihm, dem VdaB. kein weiteres Darlehen zu geben. (Kollege Beyler gab ihm später die richtige Antwort.)

Groh-Leipzig legt die wahren Gründe für die Sperrung der Hauptvorstandsgelder durch den Berliner Verein bloß. Sie denken nicht daran, „nach Abtragung der aufgenommen Anleihen" ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sie wollen in Wirklichkeit nur mit einem respektablen Patengeschenk **zum Meyer-Verbändchen stoßen.**

Erbeantragt, daß **der Beschluß der Berliner Schiedskommission über die „Ueberweisung" — in Wirklichkeit Ausschluß — der 11 Berliner Kollegen an den VGB. aufgehoben wird.**

Kollege Eckert-Chemnitz: Wenn Kaiser erklärt, daß **die Kampagne um die gewerkschaftliche Einheit nur ein Manöver der russischen Außenpolitik sei, dann befindet er sich auf einer Linie mit den Reformisten.**

Kollege Beyler erklärt, daß Kaiser und Genossen die Ausstellung von Berechtigungskarten während des letzten Kampfes abgelehnt haben. Deshalb sei die Stellungnahme der „Roten Fahne" richtig, die damals nur die Bekanntmachungen des VGB. und Zimmererverbandes über diese Frage veröffentlicht habe.

Zu der Behauptung Kaisers über die angebliche Aeußerung des Genossen Heckert zu Schumacher stellt Kollege Beyler fest, daß Genosse H. eine derartige Aeußerung niemals getan hätte. Kaiser und Schumacher hätten diese Behauptungen aus demagogischen Gründen aufgestellt.

Die Haltung des „Bauarbeiter" sei richtig, da ja die Auffassung der Berliner Delegation nicht die des Verbandstages sei.

In der Nachmittags-Sitzung hält zunächst der Kollege Bachmann das Schlußwort. Er weist die völlig unberechtigten Angriffe der Berliner Delegierten zurück und kennzeichnet deren „Bolschewismus", der einzig und allein darin besteht, in jedem Falle höhere Forderungen zu stellen als der VGB. — Die in der Diskussion gestellten Anträge werden gegen die Stimmen der Berliner Delegierten angenommen. Zu der oben wiedergegebenen Entschließung des Kollegen Andree wurde noch folgender Zusatzantrag eingebracht:

„Der dritte Reichskongreß des VdaB. stellt fest, daß die KPD., die einzige Arbeiterpartei, unsere Kämpfe moralisch sowie finanziell unterstützt hat. Der Reichskongreß bringt der KPD. volles Vertrauen entgegen und verpflichtet alle Delegierten, dafür zu wirken, daß der letzte Kollege unserer Organisation den Reihen der KPD. zugeführt wird."

Auch dieser Antrag fand bei Stimmenthaltung der Berliner Delegierten einstimmige Annahme.

Nach kurzen Schlußworten der Kollegen Preuß und Bachmann und dem Gesang der „Internationale" fand der Kongreß sein Ende.

Für Bücherkontrolle bei den Metallarbeitern

Der Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes veröffentlicht in Nr. 48 seines Organs eine Anweisung, nach der in allen Verwaltungsstellen eine allgemeine Bücherkontrolle zu erfolgen hat. Diese Forderung, die von den Kommunisten für alle Verbände gefordert wird muß von allen befolgt werden. In den Betrieben und Werkstätten müssen es besonders die Kommunisten sein, die von den gewerkschaftlichen Funktionären nicht nur die Bücherkontrolle zu fordern, sondern auch die Kontrolle **über die durchgeführte Bücherkontrolle** durch die Gewerkschaftsfunktionäre vornehmen. Mit der Bücherkontrolle ist gleichzeitig die Propaganda für die Gewinnung neuer Mitglieder für den DMV. zu führen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251209-14/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Berichterstatter und Arbeiterkorrespondenten!

Am Sonntag, dem 13. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet in Halle, Produktiv-Genossenschaft, eine

Berichterstatterkonferenz

für den Unterbezirk Halle-Saalkreis statt. Alle Gewerkschafts- und Sportfaktionen müssen ihre Berichterstatter bzw. Vertreter zu dieser Konferenz delegieren. Das Parteibuch ist als Ausweis mitzubringen. BL. Halle-Merseburg.

Schulprobleme

Der **Bund Freier Schulgesellschaften Deutschlands**, Ortsgruppe Halle, hatte zum gestrigen Abend im „Volkspark" zu einer öffentlichen Volksversammlung einberufen, in der der Neukölner Stadtschulrat und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Löwenstein über die Probleme der weltlichen Schule referierte. Die Versammlung war außerordentlich mäßig besucht, was auch von kommunistischer Seite bedauert werden muß, da auch die KPD. alles Interesse daran hat, daß die Frage der weltlichen Schulen vor den breitesten Arbeitermassen geklärt wird.

Der Referent behandelte das gesamte Kultur-, Religions- und Schulproblem theoretisch ganz richtig unter dem Gesichtswinkel der materialistischen Geschichtsauffassung. Er wies nach, wie sich in unserem Maschinenzeitalter der Hochindustrie die auf die absolute Obrigkeitsidee aufgebaute Erziehung der Kinder naturnotwendig wandeln muß im Sinne nicht des Glaubens, sondern der Wissenschaft und der Erkenntnis, die eine vollkommen weltliche Angelegenheit ist. Die Mächte der Vergangenheit, politisch gesehen, die bürgerlichen Parteien, wollen ein System konservieren, das durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt ist. Sie werden in ihrer gesamten Kulturreaktion leider noch unterstützt von der Saumseligkeit und Gleichgültigkeit selbst jener Arbeiterschichten, die zum Teil schon politisch sich klassenbewußt zum Proletariat rechnen. Diese Grundsätze des Referenten konnte man allgemein anerkennen. Es kam — was je gerade das Entscheidende ist — aber dann in seinen Ausführungen zum Ausdruck, daß er sich ängstlich hütete, aufzuzeigen, wie tatsächlich

der Schulkampf nur ein Teil des allgemeinen großen Klassenkampfes

des Proletariats ist. An einer Stelle behauptete er sogar, man dürfe die Kinder in der weltlichen Schule noch nicht zu Klassenkämpfern erziehen.

In der Diskussion sprach außer einigen Vertretern der Idee der Freien Schulgemeinden und außer einer völlig belanglosen Diskussionsrednerin, die etwas vom evangelischen Geist und von Martin Luther den Anwesenden vorschwärmte, der Genosse Maslonski. Er wies in seinen Ausführungen nach, daß der Referent zwar zum großen Teil theoretisch die Probleme richtig gestellt habe, aber in keinem Fall gewagt habe, **die Konsequenzen zu ziehen.** Man dürfe sich nicht bloß flüchten auf eine kleine Insel ganz weniger weltlicher Schulen, sondern man müsse zum mindesten **gleichzeitig im Rahmen des gesamten Klassenkampfes des Proletariats den Kampf führen um die einheitliche Weltlichkeit des ganzen Schulsystems,** um die restlose Trennung von Kirche und Schule und um den entscheidenden Einfluß der arbeitenden Massen auf die Schule. Wenn man nur wenige Kinder aus den konfessionellen Schulen herauszieht und sie von den Massen der übrigen Proletarierkinder abtapelt, dann ist die Gefahr vorhanden, daß die übergroße Masse der Arbeiterkinder um so mehr der Schulreaktion ausgeliefert wird. Der Genosse Maslowski betonte, daß die Kommunisten selbstverständlich auch **die weltlichen Schulgemeinden gegen alle Angriffe der Reaktion verteidigen** werden, darüber hinaus aber alles daran setzen wollen, daß die Arbeiterorganisationen auch gegenüber den konfessionellen Schulen ihre proletarischen Rechte geltend machen in der Form, daß man die Kinder aus dem Religionsunterricht fortnimmt, Schulspeisungen und unentgeltliche Belieferung mit Lehrmitteln fordert usw.

Zum Schluß wies er darauf hin, daß in letzter Linie eine weltliche proletarische Schule nur zu erreichen sei **durch die Eroberung der politischen Macht** durch die Arbeiterklasse. Wer sich gegen dieses Ziel versündigt dadurch, daß er mit der Partei der schwarzen Zentrumspfaffen und sogar mit der monarchistischen Deutschen Volkspartei, ganz zu schweigen von den unzuverlässigen Demokraten, Koalitionspolitik betreibt, der ist trotz seiner schönsten Redensarten für die weltliche Schule im Grunde genommen nur ein Helfershelfer der Schulreaktion.

Werbeabend des Arbeiter-Sportkartells Halle für die JAH.

Gestern abend hatte sich das Arbeiter-Sportkartell der JAH. zur Verfügung gestellt, um zugunsten einer Weihnachtsbescherung für gemaßregelte sowie ausgesteuerte erwerbslose Arbeiter wirksam zu sein. Der Besuch der Veranstaltung im „Volkspark" war gut. Die einzelnen Darbietungen der Vereine zeugten von gutem Können. Die Besucher nahmen die Leistungen mit Beifall auf, sind es doch ihre Arbeitsbrüder, welche auf sportlichem Gebiet für die Solidarität der Arbeiterklasse kämpfen. Leider gibt es davon viele, welche in bürgerlichen Vereinen sind und unseren Arbeitersport als minderwertig hinstellen. Das Gegenteil ist gestern bewiesen, die technischen und geistigen Aufführungen standen sämtlich auf guter Höhe. Die Musik war gut und flott.

Den Abend eröffnete der Expanderklub „Othello" mit gutem Erfolg, nur mehr auf die Zeichen des Leiters achten. Das Pferdchenspiel der Kindergruppe „Fichte", Halle, war sehr gut im Rhythmus. Der Vierer-Damen-Kunstreigen von „Solidarität" ist in allen Phasen als gelungen zu bezeichnen. Die Recturner von „Fichte" brachten die Besucher außer Atem. In halsbrecherischen Leistungen war jeder einzelne eine Klasse für sich. Im folgenden Sechser-Kunstreigen, der die Radkunst das beste Zeugnis ausstellt, schloß der erste Teil.

Im zweiten Teil zeigten die Turnerinnen „Fichtes" gemischte Keulenübungen, und „Solidarität" einen Sechser-Kunstreigen, dies zu kritisieren, würde diese Aufführungen nur abschwächen. Als Einlage betrat die Familie Enzesberger zu akrobatischen Aufführungen auf dem Rad die Bühne. Das Teufelspiel sowie die gelungenen Leistungen der Kinder, im Alter von 8 und 5 Jahren, die verwegenen Künste Enzesbergers brachten wahre Beifallsstürme. In plastischen Stellungen zeigte der Arbeiter-Sportklub den Sport sowie das Bild „Sklaven". Der Boxsport zeigte nicht das Interesse als die anderen Aufführungen. Zum Schluß wurde nochmals das Pferdchenspiel gezeigt und brachte dem Abend einen würdigen Abschluß.

Hallische Tageschronik

Am 7. Dezember gegen 10 Uhr vormittags, wurde eine 80jährige Witwe beim Ueberqueren der Ludwig-Wucherer-Straße, Ecke Kaiserstraße, von einem Straßenbahnwagen erfaßt und zu Boden geworfen. **Durch die Geistesgegenwart des Straßenbahnführers,** der den Wagen sofort zum Halten brachte, wurde die Frau nicht überfahren, sondern blieb vor der Schutzvorrichtung liegen. Die voreilig alarmierte Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten. Die Frau, die keine äußeren Verletzungen davongetragen hat, wurde von Zivilpersonen nach ihrer Wohnung gebracht. Auf dem Wege nach dort brach sie jedoch zusammen. Ein hinzugezogener Arzt stellte einen Schlaganfall fest, dem sie am Nachmittag erlag.

*

Am 7. Dezember, gegen 2.50 Uhr nachmittags, wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Schlosserstraße 1 gerufen, wo ein verrauchter Luftschacht, in den unberechtigterweise von einer Wohnung aus ein Ofenrohr geleitet worden war, in Brand geriet. Die Feuerwehr konnte nach einer einstündigen Tätigkeit wieder abrücken. Ein Schaden ist nicht verursacht worden.

Abschluß der Erwerbslosendebatte

Wie vorauszusehen war, schütten die bürgerlichen Zeitung — ein ehließlich des „Volksblatt" — in dem gestrigen Stadtverordnetenbericht ihren ganzen Groll über die Kommunisten aus, um auf der andern Seite vergessen zu machen, daß es größtenteils kommunistische Anträge waren, die am Montag — der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe — selbst von den Sozialdemokraten und Völkischen angenommen werden mußten. Um nun die Schärfe und Sachlichkeit, mit der von unseren Genossen der kommunistische Antrag zur Hilfe der Erwerbslosen vertreten wurde, nicht hinausdringen zu lassen zu der großen Zahl der an der Frage Interessierten, beschränkt sich das „Volksblatt" beispielsweise darauf, nicht eine einzige Inhaltsangabe der kommunistischen Reden zu bringen, dafür aber völlig unbewiesenes elementäres Geschimpfe. So wurde z. B. besonders die Stadtverordnete Genossin Hermann in dem „Volksblatt"-Bericht geradezu unflätig beschimpft, obgleich gerade sie Einzelfälle und Belege für die Not der Erwerbslosen beibrachte und durch ihre scharfen, aber sachlichen Ausführungen alle Aufmerksamkeit auf ihre Worte zog.

•

Sitzungsbericht

Nach dem Referat des Genossen Härtel ergreift Schaumburg von der SPD. das Wort. Er begründet den Antrag der SPD. unter anderem mit der Bemerkung: **Wir müssen uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen.** Solange die Gesetze da sind, müssen wir sie respektieren. Das sei nicht nur in Deutschland so, sondern auch in Sowjet-Rußland. (Zuruf: **Da sind aber andere Gesetze.**) Schaumburg zitiert einen Artikel aus der Arbeitgeberzeitung, aus dem hervorgeht, daß die Unternehmer den Kampf zur Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter durchführen werden. Er macht unter Heranziehung verschiedener Einzelfälle den Magistrat auf die Möglichkeit, Notstandsarbeiten ausführen zu lassen, aufmerksam, und verlangt u. a., daß die Stadt ihre Arbeiter vom Städtischen Arbeitsnachweis nehmen sollen und nicht fremde heranzieht. Schaumburg spricht dann zu dem kommunistischen Antrag und wendet sich gegen die Forderung von 100 Prozent, **obgleich er zugibt, daß 100prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung nicht zu viel ist.** Er ist der Ansicht, daß man die Not und das Elend lindern kann, wenn man sich auf den Boden der realen Tatsachen stellt (!!)

Hierauf meldet sich der Genosse Freund zum Wort, wird aber von Busse nicht zugelassen, da dieser behauptet, die Debatte sei abgeschlossen. Auf eine Anfrage, wie denn der Magistrat sich zu der Frage stelle, antwortet Stadtrat Velthuysen, daß dies bereits ausführlich im Haushaltausschuß dargelegt worden wäre, so daß er glaubte, keine Veranlassung zu haben, die Ausführungen im Plenum zu wiederholen. Nunmehr ist die Debatte wieder eröffnet und Genosse Freund erhält das Wort.

Er weist darauf hin, wie man vor einem Jahre die Unterstützungsberechtigten hat leer ausgehen lassen, obgleich auf kommunistischen Antrag einstimmig 250 000 Mark für Unterstützungen bewilligt waren. Als es nachher zur Deckungsfrage kam, wollten die Herren von der rechten Seite nichts hergeben.

Stadtrat Velthuysen meint, daß die Not der hallischen Erwerbslosen außerordentlich groß sei. Die Angabe des Genossen Härtel von 62 Prozent stimme tatsächlich (Hört, Hört!) Die Zahl der Unterstützungsempfänger beträgt heute 1400, die Zahl der Erwerbslosen 3000. Durch die Witterung seien diesmal 700 Erwerbslose hinzugekommen.

Nahezu 500 Metallarbeiter sind am Arbeitsamt gemeldet.

Ein gleich ungünstiges Bild ist nur noch zu verzeichnen auf dem Angestelltenmarkt. Die Verhältnisse der Kurzarbeiter kann der Magistrat nicht übersehen. Aber die Erkundigungen darüber haben gezeigt, daß

in sehr vielen Betrieben Kurzarbeit

durchgeführt wird. Obgleich Stadtrat Velthuysen in dieser Weise selbst zugibt, wie groß die Not ist und daß geholfen werden muß, versucht er, die Forderungen auf ein Minimum herabzudrücken. Er spricht der sozialdemokratischen Fraktion wegen ihrer bescheidenen Anträge sein Lob aus, ist jedoch der Ansicht, daß diese in ihrer Bescheidenheit noch weiter gehen sollen und noch Abstreichungen von den Forderungen machen. Wenn gefragt wird, welche Abhilfe geschaffen werden soll, so muß verwiesen werden

auf die Beschlüsse der kommunistischen Fraktion,

wie sie der Haushaltausschuß gefaßt hat. Im übrigen wird eine Nachtragsvorlage von ¾ Million für die Wohlfahrtspflege eingebracht werden.

Hierauf ergreift die Genossin Hermann das Wort zu folgenden Ausführungen: Ich bin außerordentlich erstaunt über die Aeußerungen des Herrn Stadtrat Velthuysen. Es war ganz berechtigt, was ich im Haushaltausschuß anführte, daß man den Herren Stadtverordneten auf der anderen Seite nicht die Wahrheit sagte. Heute im Angesicht der Erwerbslosen auf der Tribüne wagt Herr Velthuysen nicht zu sagen, welche Unterstützungssätze die Stadt den ausgesteuerten Erwerbslosen gibt. Jetzt wird Herr Velthuysen nicht behaupten, daß man einer Familie von Ausgesteuerten, aus Mann und Frau bestehend, eine Unterstützung von 44 Mark gäbe. Heute hat Herr Velthuysen diese Zahl nicht angeführt. Wenn unser Genosse Härtel 17 Pfandscheine von Arbeitenden hier vorgelegt hat, was sollen dann erst die Erwerbslosen tun, die haben gar nichts mehr zu versetzen. Professor Blümel, der nicht in dem Rufe steht, Kommunist zu sein, hat einen Vortrag gehalten, und es waren nicht sehr schmeichelhafte Ausdrücke, die die Herren vom Magistrat dort zu hören bekamen, weil die Stadt für die Tuberkulosefürsorge nur 10 000 Mark übrig hat. Auch die Hebammen kommt ein Grausen an, wenn sie in die Wohnungen von Erwerbslosen gehen müssen, weil sie dort nicht einmal das nötigste haben, um die Säuglinge zu pflegen. Aber gerade die derzenen Vertreter (Genossin H. weist auf die Demokratin Fräulein Wehle) in den Deputationen schweigen, weil sie gegenüber dem Elend nicht den Mut haben, zu erklären, wie Tatsachen sind. Aus 120 Einzelfällen greift Genossin Hermann verschiedene heraus und stellt dann fest: Im übrigen war es voriges Jahr auch die SPD., die den kommunistischen Antrag betreffs der Erwerbslosen ins Wasser fallen ließ.

Ich gebe Ihnen die Versicherung, wenn diesmal von der kommunistischen Seite der Antrag nicht gekommen wäre, so hätten die Herren von der SPD. gar nicht daran gedacht, auch einen solchen zu stellen.

Die Erwerbslosen sind ein Spielball der Jugendpflegerinnen. Ein Fräulein Hanke sagte ihnen einmal:

„Wenn Sie keine Schuhe haben, schneiden Sie doch eine Unterhose kaputt."

Stadtrat Velthuysen ist selbst im Bilde, was es heißt, diesen Pflegerinnen unterstellt zu sein. Genossin Hermann weist weiter auf die Kinder in den Schulen hin, die infolge schlechter Ernährung müde und unaufmerksam werden müssen. Mit hungrigem Magen, meint sie, läßt sich schlecht aufpassen.

Herr Petersdorff von der SPD. ist „wieder in der glücklichen Lage, den Kommunisten ein paar Worte sagen zu müssen", und er wirft dem Genossen Härtel vor, daß er sich schämen (!) müsse, eine 100prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung zu fordern. Auf seine weiterhin beschimpfenden Ausführungen wird ihm vom Genossen Kilian zugerufen:

Als die Frage erörtert wurde, saßen Sie ja beim Bier!

Stadtrat Velthuysen geht dann nochmals auf eine Anfrage ein und erklärte Herrn Petersdorff: Gerade weil wir nicht wollen, was Sie an die Wand malen, sind wir vorsichtig und werden weiter vorsichtig sein.

Nunmehr ergreift Genosse Kilian das Wort. Er weist die Angriffe der SPD. zurück und stellt den Hergang des vorjährigen Unterstützungsantrages richtig. Danach ist der Deckungsantrag nicht in der Verkürzung des Haushaltausschusses verschwunden, sondern er wurde auf eine Weise verabschiedet, die eine vollkommene Ablehnung unserer Forderungen bedeutete. Wenn Herr Petersdorff übrigens jetzt der Ansicht sei, daß der Magistrat versagt habe, so hat er doch selbst erklärt, der Magistrat gefiele ihm doch. Dann weist Genosse Kilian darauf hin, daß der Magistrat mit der Bescheidenheit des Herrn Schaumburg sehr zufrieden sei.

Wir erklären, daß wir nicht unsere Ehre darauf setzen werden, bescheiden zu sein, wenn es sich um die proletarischen Massen handelt. Wir werden kämpfen bis zum Letzten.

Im übrigen steht ja fest: Nur die Lumpen sind bescheiden. Genosse Kilian wendet sich gegen den Vorwand der Ungesetzlichkeit. Wenn die Proleten kommen und Forderungen stellen und die Kommunisten sich dieser Forderungen annehmen, so ist das immer ungesetzlich. Gesetzlich scheint nur zu sein, daß der Prolet sich schinden muß und in aller Stille verhungert. Das ist die gesetzliche Basis. Ich kenne aber auch die Gesetze; wenn ich auch kein Freund der Weimarer Verfassung bin, so steht doch darin, daß die Existenz jedes Deutschen durch die Republik gesichert werden muß, auch wenn er keine Arbeit hat. In dieser Verfassung steht aber auch, daß das Eigentum unverletzlich ist und so steht über der Sorge für die Erwerbslosen die Sorge für das Privateigentum. Wenn wir uns als Sprachrohr der Erwerbslosen ihre Forderungen zu eigen machen, so daß ausreichende Hilfe gebracht werden soll, und wir verlangen damit nichts Ungesetzliches. Genosse Kilian geht auf die Ausführungen des Genossen Härtel ein und unterstreicht diese. Er wendet sich dann an die einzelnen Kreise der Stadtverordnetenversammlung und stellt insbesondere den Beamten die Not der Erwerbslosen dar.

Stadtrat May stellt hierauf fest, daß schon Maßnahmen zur Linderung der Not „eingeleitet" seien. Nachdem Schaumburg von der SPD. nochmals in der Weise für die Erwerbslosen „einrirkt", daß er gegen die Kommunisten wettert und sich noch einmal zu dem „Boden der realen Tatsachen" bekennt, wird die Debatte geschlossen.

Genosse Günther hält ein kurzes Schlußwort und betont hierbei nochmals, daß auch der Antrag der SPD., der eine 50prozentige Erhöhung der Erwerbslosensätze vorsieht, von den Bürgerlichen abgelehnt werden würde. Nun erfolgt die

Abstimmung

über deren Resultat wir gestern schon berichteten. Bei den abgelehnten Anträgen stimmten 25 Stadtverordnete dafür und 29 dagegen. Unter den Anträgen, die durch den Ordnungsblock abgelehnt wurden, befand sich auch die kommunistische **Forderung auf Zuschüsse zur Wohnungsmiete an bedürftige Arbeitslose oder Kurzarbeiter.** Unter den zur Annahme gelangten Punkten befand sich die Forderung auf Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, und daß auf eine schnelle Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes unter Festlegung des Achtstunden-Normalarbeitstages hingewirkt werden soll. Auch dies ist ein Antrag, der nur deshalb die Unterstützung einiger Bürgerlicher fand, weil er bis jetzt dem Magistrat der Stadt Halle nichts kosten wird.

Zur Annahme kam die Forderung:

Alle Erwerbslose erhalten eine besondere Weihnachtsunterstützung in Höhe der Erwerbslosenunterstützung für sechs Tage. Außerdem erhalten die Klein-, Sozial- und Kriegsrentner eine einmalige Beihilfe von 15 Mark.

Nachdem den Genossen Härtel und Kilian zu einer persönlichen Erklärung noch das Wort erteilt wurde, fand die öffentliche Stadtverordnetensitzung ihren Abschluß.

Einspruch gegen die Magistratsgehälter

Wie der „Merseburger Korrespondent" aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat Regierungspräsident Grützner die Erhöhung der hallischen Magistratsgehälter beanstandet und Einspruch dagegen erhoben. Die Begründung des Einspruches stützt sich auf den § 9 des Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Beamtenbesoldung vom 21. Dezember 1920. Gleichzeitig ist die Rückzahlung der zu Unrecht erhaltenen erhöhten Bezüge angeordnet.

Hiermit wird also der Einwand des Ordnungsblockes widerlegt, daß die hohen Gehälter aus Repräsentationsgründen gezahlt werden müssen. Und einen anderen Einwand wird man wohl schwerlich finden.

*** Achtung, Sozialrentner!** Unsere Auskunft findet nicht am Mittwoch, sondern am **Donnerstag, dem 10. Dezember, von 9 bis 2 Uhr** in unserer Geschäftsstelle, Charlottenstraße, Zimmer 15, statt. Alle Mitglieder, die Invalidenrente beziehen und deren Männer versicherungspflichtig waren, müssen unter Vorlage der Invalidenpapiere ihrer Männer zum Empfange einer **wichtigen Auskunft** erscheinen.

*** Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Halle, Harz 42/44.** Freitag, den 11. Dezember 1925, abends 7½ Uhr, im „Volkspark", Restaurationssaal, **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: 1. Die Stellung der Arbeiterschaft zum neuen Reichsschulgesetzentwurf. Referent: Reichstagsabgeordneter Studienrat Dr. Schwarz, Jena. 2. Verbandsangelegenheiten. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erscheinen wir die Kollen restlos zu erscheinen. Die Kollegen werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen. **Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt.**

Die Ortsverwaltung.

*** Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.** Am Freitagabend 8 Uhr findet unsere fällige Hinterbliebenenversammlung im „Volkspark" statt. In dieser Versammlung wird referiert werden: **„Die Sowjet-Medizin und ihre soziale Bedeutung".** Es ist Eure Aufgabe, restlos in dieser Versammlung zu erscheinen, damit wir in der Bildung unserer Hinterbliebenen vorwärts kommen und den gegnerischen Organisationen zeigen können, daß der Internationale Bund die einzige Rentnerorganisation der proletarischen Rentenempfänger ist.

Einheitskomitee für die Jugenddelegation nach Sowjet-Rußland

Alle Jugendorganisationen entsenden ihre Vertreter zu der Sitzung am

Donnerstag, abends ½8 Uhr, im „Volkspark" (Rauchzimmer)

Auch die Vertrauensleute aus den Betrieben müssen unbedingt und restlos zu dieser Sitzung erscheinen!

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Donnerstag: Musikübungsstunde in der Jugendherberge Weingärten. Donnerstag 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Sprechchorprobe. Freitag 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Mitgliederversammlung. Mitgliedskarten zur Kontrolle sind unbedingt mitzubringen.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. A.: Wilh. Barnack Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251209-14/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Jugend, Sport, Partei und Gewerkschaft

Harmonie. — Wie oft wird dieses Wort gebraucht und nicht verstanden, wie oft gesucht und nicht gefunden. Harmonie: Ausgleich von Gegensätzen von Einsicht und Unvernunft, ein geradezu notwendiges Gesetz im privaten und öffentlichen Leben. Doch leider wird diese Notwendigkeit auch noch gar sehr oft verkannt von den Hauptträgern der Arbeiterbewegung, von den Sport-, Partei- und Gewerkschaftsorganisationen. Gerade unter den älteren Partei- und Gewerkschaftsgenossen trifft man sehr oft eine fast unglaubliche Verständnislosigkeit für den Sport an. Der Sport wird für alle möglichen Mißhelligkeiten verantwortlich gemacht, der Sport trägt die Schuld, daß die Jugend sich um Partei und Gewerkschaft nicht mehr in erwünschtem Maße kümmert, der Sport trägt die Schuld, daß anberaumte Versammlungen nicht von der Jugend besucht werden, wie es der Fall sein müßte, der Sport trägt die Schuld an der Nichtbeachtung der übrigen Arbeiterprobleme durch die Jugend, kurzum, der Sport wird für alle Fehlschläge von diesen Genossen haftbar gemacht. Gewiß mag es viele Sportler geben, die auf Grund ihrer sportlichen Betätigung sich den übrigen Arbeiterfragen nicht mehr so widmen können, wie dies ohne Sport der Fall wäre, da ja die für den einen Zweck aufgewandte Zeit für den anderen Zweck fehlt. Aber dies alles bedingt kein Recht der Verallgemeinerung.

Jedenfalls liegen die Verhältnisse so, daß die Jugend nach sportlicher Aktivität drängt und so muß eine viel wichtigere Frage zur Entscheidung gestellt werden, die Frage: „Bürgerlicher oder proletarischer Sport?" Wer die Bedeutung dieser Frage genügend würdigen will, für den kann es nur eine Entscheidung geben, und zwar die, sich für den proletarischen Sport zu erklären, anstatt Gefahr zu laufen, die sporttreibende Jugend ganz zu verlieren. Daß diese Gefahr nicht unterschätzt werden darf, beweisen ja in erschreckender Weise die Tausende von Arbeitern, die sicherlich zum größten Teile politisch und gewerkschaftlich organisiert sind und treiben in bürgerlichen Turn- und Sportvereinen stecken. Bei diesem Zustande des Indifferentismus auf sportlichem Gebiete tritt der Arbeiter-Turn- und -Sportbund als erster Mahner auf. Unaufhörlich gellt sein Ruf hinaus zu unseren Arbeitsschwestern und Arbeitsbrüdern: „Heraus aus den bürgerlichen Vereinen, heraus ist kein Platz für Euch, kämpft die Schar Eurer Kinder, stärkt Eure eigne Sportorganisation, treiet ein in die Arbeiter-Sportvereine!" Dieses edle Bemühen und Streben muß anerkannt werden, denn gar mancher Genosse ist durch diesen Ruf gemahnt worden mit vollem Erfolg. Hier ist es gerade unsere Bundesorganisation, die das lückenlose Klassenbewußtsein in die Herzen der jungen Proletarier pflanzt. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß dies in letzter Zeit verschiedene prominente Persönlichkeiten der Partei und Gewerkschaften erkannt und sich über den Arbeiter-Turn- und Sportbund sehr lobenswert ausgesprochen haben.

Wir dürfen die große sportliche Umwälzung, die besonders nach dem Kriege eingesetzt hat, nicht von einem engstirnigen Gesichtswinkel betrachten, wir dürfen nicht vor Kleinigkeitskrämereien die großen gemeinsamen Ziele aller proletarischen Organisationen vergessen, sondern müssen uns stets mit dem Bewußtsein tragen, alles zu tun, um die schaffende Masse zu einigen und einzigen Macht zusammenzuschweißen. Für diese einzigen Jugendlichen ist in der Arbeiter-Sportorganisation reichlich Gelegenheit geboten, sich auch mit organisatorischen sowie verwaltungstechnischen Aufgaben vertraut zu machen, was bei Gewerkschaften und Partei in solchem Maße nicht erfolgen kann, weil hier eine gewisse Erfahrung notwendig ist gegenüber den politischen Gegnern und weil, darüber müssen wir uns einig sein, der Sport und sein Wesen besonders von der Jugend am besten verstanden wird. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund muß der Jungbrunnen der proletarischen Jugend werden, muß das Reservoir werden, aus dem Partei und Gewerkschaft ihre Besten entnehmen, muß die Schule sein für die proletarische Erziehung im Sinn des Sozialismus, muß der Resonanzboden werden, wo die ersten Keime eines gesunden proletarischen Denkens gepflanzt und gepflegt werden. Und diese Hauptaufgabe, die Erweckung des Klassenbewußtseins in frühester Jugend, darf nicht verkannt werden, da besonders auf sportlichem Gebiete sich das arbeitende Volk durch schöne klingende Namen und großangelegte, mit allen Spitzfindigkeiten ausgestatteten Phrasen immer und immer wieder einlullen läßt. Dies beweisen die Tausende proletarischer Zuschauer auf bürgerlichen Sportplätzen. Auch diesem Gebiet muß unsere Aufmerksamkeit gewidmet werden, auch hier muß Wandel geschaffen werden. Wir müssen bestrebt sein, nicht nur etwas einseitig Bestimmtes zu leisten, sondern das schaffende Volk auf allen Gebieten auf eine höhere Geistesstufe zu führen, um auch in geistiger Beziehung der besitzenden Klasse ebenbürtig zu werden. Macht die Augen auf und Ihr seht, wie man das Proletariat in seiner Dumpfheit erhalten will, keine Zeit zur geistigen Betätigung soll uns gelassen werden. Ich erinnere nur an die Beseitigung des Achtstundentages.

Wer den ehrlichen Willen hat, aus dieser wirtschaftlichen und geistigen Bedrückung herauszukommen, der muß sich dafür einsetzen, daß innerhalb der Arbeiterorganisationen eine Harmonie Platz greift, durch welche das Bewußtsein der gemeinsamen Unterdrückung geweckt wird, muß sich dafür einsetzen, daß das Proletariat einig und geschlossen in Kampfesfront steht, um gegen seine Unterdrückung, gegen seine Knechtung und Entrechtung, gegen die Verletzung seiner elementarsten Lebensrechte zu kämpfen bis zu einem endgültigen Siege, bis zur Verwirklichung des Sozialismus zum Wohle und zur Ehre der gesamten Menschheit.

Fritz Kreß.

Vom Wintertraining der Fußballspieler

Hört man etwas vom Fußballtraining, so denkt man sogleich an eine Schar Spieler, die vor einem Tor Platz genommen hat und ihre ganze Aufgabe darin erblickt, unaufhörlich den Ball ins Netz zu jagen, dabei freilich mehr das Ziel verfehlend als treffend. Dieses dem Körper und dem Spiel selbst wenig nutzbringende Treiben versucht man nun in ein systematisches Training umzuwandeln. Die beste Gelegenheit dazu bietet sich jetzt im Winter. Das Ueben auf den Plätzen verbietet sich von selbst. Mit dem Training soll allen Sportlern Betätigung geboten werden, den guten Spieler soll es in seiner Form erhalten und den letzten Schliff zum Wettspiel geben. Den jungen Anfängern aber, den Jugendlichen oder gar den Knaben aus der Schülermannschaft, soll es bewußt formen und gestalten. Körperlich sowohl als auch seelisch. Der junge Arbeiter, der oft schon von der Mutter nicht den besten Körper mitgebracht hat, der dann alle sozialen Nöte hat über sich ergehen lassen müssen, ist ein gar schwaches Pflänzchen, das wohldosierte Anreize zu fördern braucht. Ein Wettspiel gibt leicht zu viel und zu starke Reize, die dann hindernd wirken. Wer kennt nicht die vielen, vielen Spieler, die mit 23 bis 25 Jahren den Sport an den Nagel hängen, weil sie nicht mehr recht mit fortkommen. Ein Zeichen des rohen Waltens mit der zarten Jugendkraft.

Natürliche und einfache Mittel sind uns gegeben, den jungen Körper aufzubauen. Der Lauf sei als beste Jugendübung genannt. Er vermag alle Muskelgruppen in Bewegung zu versetzen und begünstigt Herz und Lunge in der Entwicklung bestens. Kurzstreckenläufe geben Kraft und mäßig lange Uebungsläufe fördern Ausdauer und tiefe Atmung.

Mit Hilfe der jungen Sportwissenschaft sind Formen der Uebungsweise in der Turnhalle gegeben, die viele der früheren Stellungen und Posen, die nur dem Bilde dienten, nicht mehr gelten lassen. Eine Gymnastik hat sich entwickelt, die mit jeder Bewegung einen Zweck, eine bewußte Beeinflussung des Körpers hervorruft. Da werden die Körper gespannt, gelockert, gedehnt, gekräftigt und für die großen Anforderungen eines Spieles langsam, dem Wachstum entsprechend herausgebildet. Wie neugeboren verläßt die stürmende Schar dann die Uebungsstätte. Sie lernt sich und den Gegner Mensch im Spiele schätzen, sie wird sich nicht so leicht zu rohem Spiele hinreißen lassen. Frisches, munteres Ueben schafft frische Lebenslust. Mit ganz anderem Mute wird der, der durch regelmäßiges Trainieren einen gesunden Leib erworben hat, an seine Aufgaben im Leben heranschreiten, haben ihm doch seine Uebungen eine gewisse Schätzung und Sicherheit gegeben, die ihn leicht den Trennungsstrich zwischen den Einflüssen der schädlichen Vergnügungswelt und dem wirklichen, echten Drang der Jugend ziehen läßt.

Erkennt das alle, Ihr jungen Spieler. Seid nicht bloß Punktjäger. Treibt Ergänzungssport in geregeltem Training. Ein gesunder Mensch und lange Ausdauer bis ins späte Alter beim Spiel wird Euch beschieden sein.

hd.

Amtliche Tabelle

Vereine	Spiele	+	:	—	Tore	Punkte
1. Klasse, Gruppe 1						
Fichte Halle 1.	10		1		30:11	17:3
Krollwitz 1.	10	6	2		29:8	14:6
Giebichenstein 1.	10	5	2	3	18:19	11:9
VfB. Lettin 1.	10	1	—	9	13:18	9:11
Teicha 1.	10	1	1	8	4:35	3:17
1. Klasse, Gruppe 2						
Viktoria 1.	11	8	2	1	46:14	18:4
Minerva 1.	11	8	1	2	23:10	17:5
Sportlust 1.	11	6	2	3	24:17	14:8
Nörda 1.	11	4	2	5	23:7	10:12
Brudorf 1.	11	2	3	6	14:31	7:15
Askania 1.	11	2	—	7	17:2	6:16
Sportbrüder 1.	11	—	—	6	4:16	0:12
1. Klasse, Gruppe 3						
Fortuna 1.	10	6	3	1	23:9	15:5
Teutonia 1.	10	6	2	2	22:10	14:6
Radewell 1.	10	5	1	4	13:16	11:9
NSC. 1.	10	4	1	5	15:11	9:11
Trotha 1.	9	3	—	6	20:20	6:12
Wörmlitz 1.	9	1	1	7	5:38	3:15
2. Klasse, Gruppe 1						
Fichte 2.	10	6	1	3	30:14	13:7
Krollwitz 2.	10	5	2	3	24:15	12:8
Lettin 2.	10	5	1	4	8:16	11:9
Gröbers 2.	10	4	1	4	19:17	11:9
Teicha 2.	10	4	1	5	15:39	9:11
Giebichenstein 2.	10	2	—	8	11:21	4:16
2. Klasse, Gruppe 2						
Viktoria 2.	12	10	—	2	34:17	20:4
Minerva 2.	12	9	1	2	41:13	19:5
Sportlust 2.	12	6	1	5	21:21	13:11
Askania 2.	12	5	2	5	31:22	12:12
Nörda 2.	10	4	1	5	11:25	7:13
Brudorf 2.	11	2	1	8	9:42	5:17
Brasthöft 1.	11	2	1	8	21:32	5:17
2. Klasse, Gruppe 3						
Fortuna 2.	11	9	1	1	25:7	19:3
Diemitz 2.	11	4	2	5	12:12	14:8
Trotha 2.	11	5	1	5	27:15	11:11
Radewell 2.	11		1	6	18:15	10:12
Teutonia 2.	11	4	2	5	18:16	10:12
NSC. 2.	10	3	—	7	15:40	6:14
3. Klasse, Gruppe 1						
Krollwitz 3.	8	6	1	1	4:8	13:3
Fortuna 3.	8	4	1	3	8:1	11:5
Ammendorf 3.	4	2	—	2	9:14	4:4
Sportlust 3.	7	1	1	5	7:14	3:11
NSC. 3.	7	1	1	5	5:42	3:11
3. Klasse, Gruppe 2						
Minerva 3.	10	9	1	—	31:10	19:1
Diemitz 3.	10	6	2	2	30:10	12:8
Gröbers 3.	9	1	—	8	25:21	2:16
Viktoria 3.	9	3	—	6	8:30	6:12
Giebichenstein 3.	10		—	6	14:35	2:14
Löbejün 1.	10	2	—	8	12:34	6:14
Jugendgruppe 1.						
Viktoria	9	7	1	1	14:6	15:3
Minerva	9	4	2	3	11:11	12:6
NSC.	9	2	—	7	16:6	6:6
Wörmlitz	9	2	—	7	8:10	4:14
Sportlust	9	2	—	7	9:29	4:14
Jugendgruppe 2						
Askania	9	7	1	1	8:4	15:3
Radewell	9		2	7	9:6	14:4
Brudorf	9	3	1	5	7:14	7:11
Teicha	9		2	7	11:20	6:12
Fichte	9	1	2	6	4:11	5:13
Giebichenstein	9	—	3	6	1:38	3:15

Spielverweiser in der 1. Klasse ist Fortuna, in der 3. Klasse Minerva. Das endgültige Ergebnis der 2. Klasse steht noch aus, da noch einige Proteste in der Gruppe 2 laufen.

T.-V. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle

Heute abend ½8 Uhr in der „Jugend-Herberge", Weingärten, Vortrag vom Lehrer Bernhardt über Schulreform. Alle Mitglieder sollen erscheinen. Gäste willkommen.

Arbeiter-Sportkartell Halle

Dienstag, den 14. Dezember, Kartellsitzung im „Volkspark". Tagesordnung: 1. Statutenberatung. 2. Bericht von der Bezirkskonferenz. 3. Verschiedenes. Erscheinen aller Delegierten ist Pflicht.

Donnerstag, den 10. Dezember, Vorstandssitzung im „Volkspark". Dazu haben auch die drei Mitglieder, welche in die Kommission gewählt sind, zu erscheinen.

Der Vorstand. J. A.: Eurich.

Sportnachrichten

Brasthöft 1. — Giebichenstein 2. 7:8

Da der angesetzte Schiedsrichter nicht erschienen war, gab der Vereins-Schiedsrichter den Ball frei. Brasthöft in voller Aufstellung, so daß Giebichenstein nicht viel helfen kann. Brasthöft kann in der ersten Halbzeit 5 Tore treten und nach dem Seitenwechsel noch zweimal erfolgreich sein. Ein Zeichen, daß der Torhüter letzte auch Gegner schlagen kann.

Wörmlitz Jgd. — Zörbig Jgd. 3:1 (1:0)

Wörmlitz geht von Anfang an in Zörbigs Spielhälfte und kann einige gute Sachen anbringen, welche aber von der sicheren Zörbiger Karfen Hintermannschaft von Zörbig zunichte gemacht wurden. Z. kommt öfters in M. Tornähe, aber der W.-Torhüter hält gut. Durch gutes Spiel kann W. durch A.-A. einsenden. Das Spiel wird flotter und Zörbig kann die Halbzeit zweimal erfolgreich sein. W. bekannt sich noch nicht geschlagen und kann auch durch gute Kombination zwei Tore für sich buchen. Z. spielt auf Sieg und kann durch Pechter des W.-Torhüters noch zwei Tore anbringen. W. zeigte das technisch bessere Spiel, konnte sich gegen die körperlich stärkere Mannschaft von Z. nicht durchsetzen.

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk

Amtlich. Der Spieler K. Weihardt (Askania) wird wegen Vorkommnis im Spiel Askania 1. — Fortuna 1. nach Paragraph 25, Absatz 2, Ziffer 1 der Bundesordnungen ab 9. Dezember 1925 6 Wochen disqualifiziert.

Der Spieler Hille (Askania) wird wegen Vorkommnis im Spiel Brasthöft 1. — Askania 2. am 27. September 1925 ab 9. Dezember 1925 4 Wochen disqualifiziert.

Der Spieler Willi Wilsdorf (Trotha) wird wegen Vorkommnis im Spiel Trotha 1. — Krollwitz 1. am 29. November 1925 nach Paragraph 25, Absatz 2, Ziffer 1 der Bundesordnungen, ab 9. Dezember 1925 4 Wochen disqualifiziert.

Zu Montag, den 14. Dezember 1925, werden zur Vorstandssitzung nachstehende Sportgenossen geladen:

1. Vertreter von Giebichenstein in Sachen Trotha 2. — Teicha 2.
2. Spieler Hottenroth (Giebichenstein).
3. Vertreter von Teicha und Minerva betreffs Spielablage.

Am Sonntag, dem 16. Dezember, vormittags 9 Uhr, findet im „Volkspark" unser diesjähriger Bezirkstag statt. Jeder Verein hat zwei Teilgenossen nach dort zu schicken. Fernbleiben zieht Bestrafung nach sich. Es wird auf Paragraph 27, Absatz 4 unserer Satzungen hingewiesen. Andernfalls die Vereine in Strafe genommen werden müssen.

Am Sonntagnachmittag 2 Uhr findet auf dem Stadion ein Vorrundenspiel um die Kreismeisterschaft zwischen

Fortuna 1, Dölau — Sturm 07, Magdeburg

statt. Linienrichter zu diesem Spiel sind Müller und Böhme (beide Sportlust), Harte (NSC.) und Paul Schulze (Teutonia).

Die Protestkommission setzt sich aus den Sportgenossen Brandt (Wörmlitz), Schröder (Trotha) und Kämpfer (Krollwitz) zusammen. Treffpunkt der Linienrichter 1 Uhr im Stadion. Wörmlitz, Minerva und Viktoria haben zu diesem Spiel je zwei Kassierer und Platzordner zu stellen.

Berichterstatter zu diesem Spiel ist Sportgenosse K. Schulter (Krollwitz).

Vormittag 9½ Uhr spielt Askania Jgd. — Viktoria Jgd. um die Bezirksmeisterschaft. Schiedsrichter dazu ist Thomas (Lettin). Linienrichter stellt Radewell zwei Mann. Berichterstatter hierzu stellt Minerva.

½11 Uhr spielt Fortuna 2. — Viktoria 2. um die Bezirksmeisterschaft. Schiedsrichter hierzu ist Lenge (Krollwitz). Linienrichter stellt Minerva 2 Mann. Berichterstatter hierzu stellt Wörmlitz.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Handball

Serienspiele für Sonntag, den 13. Dezember

1. Klasse: 11 Uhr Wörmlitz 1. — Ammendorf 1., Wörmlitz (Waisch, Schwimmer); ½3 Uhr Schwimmer 1. — Fichte 1., Fichte (Moschack, Ammendorf), Nietleben spielfrei.

2. Klasse: 10 Uhr Merseburg 1. — Minerva 1., Merseburg (Wächtler); 10 Uhr Löbnitz 1. — Dölau 1., Teicha (NSC.); ½11 Uhr Fichte 2. — Ammendorf 2., Fichte (Fritsch auf Nietleben).

Sportlerinnen: 10 Uhr Krollwitz — Fichte, Peißnitz (Dölau); 11 Uhr Giebichenstein — Minerva, Peißnitz (Ottelbe); 11 Uhr Schwimmer — NSC., Peißnitz (Atlas).

Jugend: 10 Uhr Ottelbe 1. — Ammendorf 1., Minerva (Schwimmer).

Gesellschaftsspiele für Sonntag, den 13. Dezember

12 Uhr Adler 1. — Langenberg 1., Wörmlitz (Schaf, Wörmlitz); 10 Uhr Schwimmer 1. Gd. — Ammendorf 1. Gd., Ammendorf (Fischer).

Adler 1. — Arbeiter-Bildungsverein Krollwitz 1. muß Adler noch Platz und Zeit bekanntgeben. Dies dem Schiedsrichter von Diemitz zur Kenntnis.

Fichte 2. — Diemitz 1. werden die Sportgenossen Friedrich (Giebichenstein) und Reinert (Sportlust) ersucht, pünktlich um 10 Uhr in Wörmlitz zu erscheinen. Dies gilt auch für die Prüfungskommission.

H. Bornkessel.

Arbeiter-Kegelverband, Bezirk Halle

Bericht von der Bezirkssportkommissionssitzung

Am 6. Dezember fand unsere Bezirkssportkommissionssitzung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht von der Bundessportkommissionssitzung. 2. Verschiedenes. Kegelbruder Bötticher gibt einen eingehenden Bericht über die Bundessportkommissionssitzung, welche am 29. November 1925 in Leipzig stattfand. 1. Ausarbeitung der Gesellschaftsspiele. 2. Ausarbeitung eines Programms für den Bund. 3. Neuordnung der Jahrestrophäen usw. Kassenbericht.

Kegelbruder Bötticher führte folgendes aus: Die Meisterschaften für Gesellschaftsspiele wurden einer Revision unterzogen und vollständig umgestellt, was in der nächsten Bundesspielordnung erläutert wird. Die Ausschreibungen der Gruppen- bzw. Ortsgruppenmeisterschaften haben bis zum 30. April jeden Jahres stattzufinden. Die Meisterschaften für den Bezirk bis zum 15. Juni, die Gaumeisterschaften bis zum 30. August, und bis zum 30. Oktober muß die Bundesmeisterschaft ausgetragen sein. Für Serienspiele hat sich die Bundessportkommission nicht entschließen können und für das Spieljahr 1925 abgelehnt. Es ist den Bezirken bzw. Ortsgruppen freigestellt, Serienspiele auszutragen außer dem Rahmen der Meisterschaften. Es finden im Bezirk die Austragung der Gruppen- und Bezirksmeisterschaften folgender Spiele in vier Gruppen, und zwar auf drei neutralen Bahnen, statt. Nach den Ausscheidungsspielen der einzelnen Meisterschaften finden die Serienspiele statt, wie in der vergangenen Serie. Die Gruppen wurden ausgelost und setzen sich aus folgenden Klubs zusammen:

Gruppe 1: Freier Lauf Halle, Wacklige Neune Dölau, Unter Uns Halle, Frisch Auf Halle, Bräuerlichkeit Halle, Kegelklub Leffendorf.

Gruppe 2: Kegelklub Schkopau, Freie Neune Dölau, Kegelklub Bieskau, Freies Lauf Ammendorf, Solidarität Halle, Freie Kegelbrüder Halle.

Gruppe 3: Einige Gut Lettin, Freie Bahn Halle, Kegelklub Deutschenthal, Kegelklub Neustadt, Kegelklub Cröllwitz, Freiheit Halle.

Gruppe 4: Kegelklub Nauendorf, Krumme Golle Ammendorf, Halle-Süd, Einigkeit Gretsch, Germania Halle, Kegelklub Emmerig.

Jeweils jede Gruppe den Anfang der Spiele machen soll. Dabei wurden folgende Pole gezogen: Als 1. Gruppe spielt die 2., als 2. Gruppe spielt die 4., als 3. Gruppe spielt die 1. und als letzte Gruppe spielt die 3. Als Bezirksmeister kann jeder Kegelbruder vorgeschlagen werden. Gruppe 1: Willi Jacob; Gruppe 2: Arthur Stahlmann; Gruppe 3: Willi Schaffernicht und Gruppe 4: Karl Böttcher. Als neutrale Bahnen kommen als Bahn 1: „Volkspark" Halle; 2: Nauendorf und 3: Ammendorf in Frage. Die Spielzeiten und Spielorte werden im Laufe des Dezember den einzelnen Klubs zugeleitet. Es finden im ganzen drei Spiele auf jeder Bahnen mit je 50 Kugeln pro Kegler statt, also 150 Kugeln. Das Startgeld beträgt 1 Mk. pro Mitglied. Jeder Klub ist verpflichtet, eine Liste der Bezirkssportkommission einzureichen, aus welcher ersichtlich ist, wieviel Kegler sich an den Ausscheidungsspielen beteiligen.

Mit einem kräftigen Frei Heil schloß Kegelbruder Jacob um 3 Uhr die Sitzung.

H. K.

Sämtliche Klubvorstände werden ersucht, ihre Beiträge an den neugewählten Bezirkskassierer Willi Schuster, Halle-Cröllwitz, Schulberg 20, einzusenden. Desgleichen ersuche ich um Abrechnung des Extrabeitrages, pro Mitglied 5 Pf., welcher auf den Gautag in Gera für November, Dezember und Januar beschlossen wurde. Laut Beschluß des Bundestages sind pro Mitglied 5 Pf. Zeitungsgeld beim Bezirkskassierer mit abzurechnen. Jeder Klub ist verpflichtet, bis zum 15. jeden Monats pünktlich abzurechnen, da sonst eine getreue Abrechnung mit den höheren Instanzen nicht durchzuführen ist.

J. A.: Der Bezirksvorstand. Otto Kreß.

Arbeiter-Athletenbund, 5. Kreis

Der nächste Punktrichterkursus findet Donnerstag, 10. Dezember, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Sonne", Richard-Wagner-Straße, statt. Eiche-Halle hat unbedingt zu erscheinen, da sich Gegenmaßnahmen gegen jenen Verein, der der betätigte Verein hat zu plant gute Vorer mitzubringen.

Willy Limpert.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Gau 17, 4. Bezirk

Alle Ortsgruppen des Bezirks, welche ihre Abrechnungsformulare und Fragebogen noch nicht eingesandt haben, werden dringend ersucht, diese spätestens bis zum 11. Dezember an mich zu senden. Otto Wagner, Bezirksleiter.

Mitteilungen der Vereine

Turn- und Sportverein Fichte, Halle (Fußballabteilung). Freitag, 11. Dezember, in der „Sonne" Generalversammlung. Es ist Pflicht der gesamten Mitglieder, um 8 Uhr zu erscheinen.

Turn- und Sportverein Fichte, Halle (Handballabteilung). Sonntag, 13. Dezember, vormittags ½10 Uhr, spielt Fichte 2. — Frisch Auf, Nietleben 1., auf dem Fichteübungsplatz. Treffpunkt: Kurade 9 Uhr. Preß: rotweiß.

Turn- und Sportverein Wörmlitz-Mölberg. Sonnabend, 8 Uhr, Versammlung der Fußball-Abteilung bei Rauschenbach. Erscheinen Ehrensache.

Freier Wassersportverein, e. V., Halle (Handball). Sonntag, den 13. Dezember, spielt die 1. — Fichte 1. um ½3 Uhr auf dem Fichte-Platz in alter Aufstellung. Treffpunkt 2 Uhr dortselbst. Die 2. — Diemitz 1. um 10 Uhr in Wörmlitz in alter Aufstellung. Treffpunkt 9 Uhr Weingärtenschule. Die 1. Schülermannschaft gegen Ammendorf 1. Schüler in folgender Aufstellung: Crain, Augustin, Weiße, Berge, Reichardt, Schwalbe, Schmidt, Beyer, Bartl, Fischer, Lotz. Erstspieler müssen mitkommen. Abfahrt wird Donnerstag im Stadtbad bekanntgegeben. Sitzung am Mittwoch, dem 9. Dezember, fällt aus.

Germania-Fellenspiel feiert am 12. Dezember im „Wintergarten" sein 17. Stiftungsfest mit einem erstklassigen Sportprogramm, u. a. große Ringkämpfe.

Die Leipziger Städtemannschaft — Germania-Fellenspiel. Die Leipziger Fellen eine erstklassige Mannschaft, und da die Mannschaft von Germania-Fellenspiel mit zu den besten des Arbeiter-Athletenbundes zählt, wird erstklassige und spannende Kämpfe zu erwarten. Es ringen für Leipzig von Fliegen- bis Schwergewicht: H. Protostiy, H. Sieber, K. Schiegel, A. Schaal, A. Linke, B. Kemnitz, K. Kepler. Diesen stellen die Hallenser folgende Mannschaft entgegen: K. Spanier, M. Hauke, W. Werz, P. Sachse, K. Pfeiffer, D. Kritzel. Nach dem Sportprogramm großer Festball.

Sportfreunde Teicha. Freitag, den 11. Dezember 1925 findet eine außerordentliche Generalversammlung statt. Jeder Sportgenosse wird außerdem noch durch Karte eingeladen. Wer diese nicht erhält, wird gebeten. Insbesondere sind die ausmärtigen Sportgenossen nochmals eingeladen.

2. Kreis, 7. Bezirk, Gruppe Eisleben

Sonntag, den 13. Dezember, vormittags 10 Uhr, in der Turnhalle Ludwig Jahn, Eisleben, Gruppenvorturnerstunde. Am gleichen Tage nachmittags 1 Uhr in der Turnhalle Ludwig Jahn, Eisleben, Gruppenvorstand. Tagesordnung: 1. Bericht der Turnzeitung bekanntgegeben. Das Erscheinen aller Gruppenvereine ist Pflicht.

Der Gruppenvorstand. J. A.: Weber.

Weißenfels. Achtung, Wintersportler! Der Touristenverein „Die Naturfreunde", Bezirk Dienstags und Freitags in der Turnhalle des Realgymnasiums für Stier einen Lehrkursus ab. Alle Arbeitersportler sind willkommen.

T.-V. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Zeitz. Monatsprogramm: Mittwoch, 9. Dezember: Schüler-Abend. Sonntag, 13. Dezember: Rodeltour; 6 Uhr: Villa Steinad. Mittwoch, 16. Dezember: Liederabend. Sonnabend, 19. Dezember: Sonnenwendfeier. Sonntag, 20. Dezember: Vorlesungsabend (Steinschänke). Mittwoch, 23. Dezember: Diskussionsabend. Sonntag, 27. Dezember: Weihnachtsfeier (Steinschänke). Mittwoch, 30. Dezember: Jahresrückblick (Vortrag). Donnerstag, 31. Dezember: wird noch bekanntgegeben. Sonntag, 3. Januar: Rodeltour. 6 Uhr Post. Wir weisen schon jetzt auf den Vortrag des Lehrers Adolph Koch, Berlin, über Körperbildung und Kulturkultur im Januar hin.

Sportgeräte — Sportbekleidung

344 liefert auf bequeme Ratenzahlungen

Paul Sommer, Halle a. d. S., Leipziger Str. 14, l. u. II. Et.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251209-14/fragment/page=0007

Der Reichsarbeitsminister gegen den Reichsarbeitsminister

Laß die rechte Hand nicht wissen, was die linke tut

Bei der Beratung des Gesetzes über „Ausbau der Angestellten- und Invalidenversicherung vom 28. Juli 1925" wurde im **sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags eine Erhöhung der Kinderzulagen von 36 Mark auf 90 Mark jährlich für die Kinder der Arbeitsinvaliden beschlossen.** Durch eine Inkraftsetzungsbestimmung, die den Abgeordneten im Druck nicht vorlag, so daß sie deren Tragweite nicht übersehen konnten, **hat es die Regierung verstanden, alle Invaliden, deren Renten bis zum 1. August 1925 festgestellt waren, um die Erhöhung des Kinderzuschusses zu bringen.**

Die **kommunistische Reichstagsfraktion** richtete deshalb an die Reichsregierung folgende Kleine Anfrage:

„Durch das Gesetz über Ausbau der Angestellten- und Invalidenversicherung vom 28. Juli 1925 ist der Kinderzuschuß von 36 Mark auf 90 Mark jährlich erhöht worden. Die Versicherungsbehörden gewähren jedoch den erhöhten Betrag nur für Invalidenrentner, deren Renten nach dem 31. Juli 1925 festgesetzt sind, während in der Angestelltenversicherung dieser Unterschied nicht gemacht wird. Der größte Teil der Rentenbezieher hat demnach durch die beschlossenen Erhöhungen für die Kinder bisher nicht erhalten. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Versicherungsbehörden zu zwingen, den Willen der Gesetzgeber zu respektieren?"

Der **Reichsarbeitsminister** beantwortete diese Kleine Anfrage **in** einem Schreiben vom 21. November 1925 an den Präsidenten **des** Reichstags wie folgt:

„Wenn die Träger der Invalidenversicherung und die Versicherungsbehörden den durch das Gesetz über Ausbau der Angestellten- und Invalidenversicherung vom 28. Juli 1925 **erhöhten Kinderzuschuß von jährlich 90 RM. nur den Invalidenrentnern zubilligen, deren Renten nach dem 31. Juli 1925 festgesetzt sind, so entspricht dies dem Gesetze."**

Das Schreiben ist von Dr. Brauns selbst unterzeichnet.

Eine Woche später, nachdem der Reichsarbeitsminister dem Reichstagspräsidenten dieses Schreiben zugestellt hatte, erschien in München-Gladbach ein Artikel über den Stand der deutschen Sozialpolitik von demselben Herrn Reichsarbeitsminister.

Darin ist folgender interessante Absatz enthalten:

„Neue Gesetze unterstützen den Rentenempfänger in der Fürsorge für die Kinder. Zu den Renten der Invaliden und Versuchsunfähigen tritt der monatliche Kinderzuschuß von 7,50 Mark für jedes Kind unter 18 Jahren, gegen kaum 2 Mark in der Vorkriegszeit."

Herr Reichsarbeitsminister! Warum schreiben Sie in diesem Artikel, der für die christlichen Arbeiter bestimmt ist, daß **„jedes Kind unter 18 Jahren den erhöhten Kinderzuschuß von 7,50 Mark"** erhält, während Sie in dem Schreiben an den Reichstagspräsidenten auseinanderlegen daß nur die verhältnismäßig wenigen Kinder von Invaliden, die nach dem 1. August 1925 Invaliden geworden sind, den erhöhten Kinderzuschuß bekommen? Warum verschweigen Sie den christlichen Arbeitern, daß Hunderttausende von Invaliden, die bereits am 1. August 1925 Invalide waren, sich mit dem Geldwert der erbärmlichen Sätze der Vorkriegszeit begnügen müssen? Sollten Sie in einer Woche schon vergessen haben, daß nach Ihrer eigenen Gesetzesauslegung **nur eine ganz geringe Zahl von Invaliden durch das neue Gesetz in der Fürsorge für ihre Kinder unterstützt wird?**

Karl Tiedt

Die Eisenbahner sollen weiter hungern

Die Verhandlungen zwischen den Eisenbahnerorganisationen und der Reichsbahngesellschaft, die am Montag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Rühle im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind auf Ende dieser Woche vertagt worden. Die Reichsbahn A.-G. erklärte, daß sie noch keine Antwort auf die Forderungen der Eisenbahnerorganisation geben könne, da der Hauptverwaltungsrat der Reichsbahn erst im Laufe der Woche zu den Forderungen Stellung nehmen würde.

Die Reichsbahn A.-G. wendet auch bei diesen Verhandlungen ihre alte Taktik wieder an, die Verhandlungen auf recht lange Zeit zu verschleppen. Seit Wochen sind die einzelnen Direktionen der Reichsbahn im Besitz der Forderungen der Arbeiter, so daß der Hauptverwaltungsrat schon längst Zeit hatte, seine Stellungnahme klarzulegen. Das Verhalten der Organisationsvertreter muß aufs schärfste kritisiert werden, denn wenn diese bereit wären, die Forderungen ihrer Mitglieder mit allen Kräften zu unterstützen, so könnte sich die Reichsbahn A.-G. dieses Spiel nicht erlauben.

Die gleiche Verschleppungstaktik, die die Reichsbahn anwendet bei den Forderungen der Eisenbahner, wendet auch die Regierung **den Beamten** gegenüber an. Der Haushaltungsausschuß des Reichstages, der spätestens am 9. d. M. zu einer Sitzung über die Beamtenanträge zusammentreten soll, hat bis jetzt von der Regierung noch keine Antwort erhalten, wie sie sich zu den Forderungen der Beamten stellt. Wie groß die Not der Beamten ist, das zeigen die Protestkundgebungen, die von den unteren Gruppen der Beamten in allen Städten des Reiches abgehalten werden und die in Berlin zu einer Demonstrationskundgebung im Freien führten. Immer mehr erkennen die Beamten, daß sie sich nicht mehr auf das Parlament verlassen dürfen. Das Vertrauen, das sie bisher den Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten entgegengebracht haben, ist stark ins Wanken gekommen. Die Beamten sehen ein, daß nur die Kommunistische Partei es ist, die sich mit allen Kräften für die Forderungen der unteren und mittleren Beamten einsetzt.

Der Kampf der Eisenbahner und der Beamten darf nicht getrennt geführt werden. **Nur die geschlossene Front der Arbeiter und Beamten** wird die Regierung zwingen, die gestellten Forderungen zu verwirklichen. Die Eisenbahner und die Beamten sind die Hand an der Gurgel des Staates, es wird keine Regierung geben, die sich nicht dem Willen dieser Arbeiterschicht beugen müßte.

Demokraten!

Geßlers Reinewaschen auf dem Parteitag

Der Parteiausschuß der Deutsch-demokratischen Partei hat beschlossen, die Anträge **über Geßler als erledigt anzusehen.** „Ich kenne Geßler seit langen Jahren und bin sein Freund. Niemand darf an seiner republikanischen und nationalen Gesinnung zweifeln." Mit diesen Worten schloß der demokratische Parteivorsitzende, Reichsminister a. D. Koch, die kurze Erörterung des „Falles Geßler" auf dem demokratischen Parteitag. Der Oeffentlichkeit wurde begreiflicherweise außer den dürftigen Ausreden des Angeklagten selbst keine Aufklärung zuteil.

Erklärlich! Die Demokratische Partei kann es sich nicht leisten, ihre Koalitionsfähigkeit dadurch herabzumindern, daß sie etwa gegen den bei den Deutschnationalen restlos beliebten Herrn Geßler vorgeht. Herr Koch weiß auch viel Rühmenswertes über ihn: „an der Reichswehr, wie er sie aus den Händen Noskes empfangen hat, hat er vieles verbessert. **Geßler und Ebert sind treueste Freunde und Mitstreiter bis an Eberts Lebensende gewesen."**

Wie mag wohl einem **ehrlichen** Republikaner zumute sein, wenn er sich ein paar „Verbesserungen" der Reichswehr ins Gedächtnis ruft? Sie fangen an bei den **Reichswehrtaten in Sachsen und Thüringen,** von den **Fememorden,** die unter gütiger Patronanz der weißen Reichswehr geschahen, über den **Massenmord an Reichswehrsoldaten in Belitheim,** der ungesühnt blieb, über die **systematische Erziehung der Reichswehrsoldaten zu monarchistischem Paradenkult,** über den Grußerlaß, der die „republikanische" Reichswehr zum Strammstehen vor Hohenzollernprinzen zwingt, bis zu den Enthüllungen über Geßlers Erklärungen zum geplanten Lüttwitzputsch. In der Tat — **Geßler hat Noskes Bestrebungen mindestens erfolgreich fortgesetzt.**

Was sagt das „Berliner Tageblatt" nach dem Abschluß des Haaschen Schiedsverfahrens im Streit zwischen Geßler und Luppe? „Es bedarf nicht der Betonung, daß auch die tatsächliche Aeußerung Geßlers gegenüber Dr. Luppe bedenklich und bedauerlich ist." Aber Geßler ist der Freund Kochs, war der Mitstreiter Eberts, ist Schützling der Deutschnationalen — und „niemand darf an seiner Gesinnung zweifeln!"

Neues aus aller Welt

Handgranaten-Explosion in Leipzig

Die Bewohner der Häuser der Windmühlenstraße wurden am Dienstagfrüh gegen ¼4 Uhr durch eine heftige Detonation aus dem Schlafe geweckt. Wie festgestellt wurde, war von unbekannter Hand eine Handgranate geworfen worden, die mitten auf der Fahrstraße, zwischen den Schienen der Straßenbahn, explodierte. Durch den ungeheuren Luftdruck sind über zwanzig Fensterscheiben zertrümmert, weiterer Schaden ist jedoch sonst nicht angerichtet worden. Durch aufgefundene Reste konnte einwandfrei festgestellt werden, daß eine Stielhandgranate verwendet worden ist.

Sieben Kinder erstickt

Ein furchtbares Unglück, dem sieben Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich in einem Siechenhaus in Lemgo (Lippe). Briketts, die in der Nähe des Ofens aufbewahrt wurden, waren in der Nacht in Brand geraten. Die sich entwickelnden Kohlenoxydgase drangen in die offene Tür eines Schlafzimmers ein, in dem sieben Kinder schliefen. Als der Brand am frühen Morgen entdeckt wurde, waren **sämtliche Kinder dem Kohlenoxydgas zum Opfer gefallen.** Unter den Kindern, die im Alter von ein bis drei Jahren standen, befanden sich drei Geschwister. Die Kinder entstammen meist Familien, die infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht selbst für den Unterhalt sorgen konnten und die Kleinen deshalb zur Pflege übergaben.

Sturm im Atlantischen Ozean

Aus Neuyork wird gemeldet: Ein heftiger Sturm hat großen Schaden an der atlantischen Küste angerichtet. Der Kohlendampfer „Orion" und der Schoner „Azur" befinden sich in sinkendem Zustande. Zahlreiche Fahrzeuge treiben hilflos auf der See umher und viele Frachtdampfer sind nach den Häfen zu getrieben worden. Bisher werden drei Tote gemeldet. Der Sachschaden an den Küstenstädten ist groß. — Wie über Paris gemeldet wird, wurde bei dem Wirbelsturm, der die Küste von Virginia heimsuchte, die Stadt Norfolk fast zur Hälfte verwüstet und ein großer Teil der Schiffe im Hafen zerstört. Die Stadt Norfolk hat etwa 125 000 Einwohner. Eine Bestätigung liegt noch nicht vor.

Das größte Kraftwerk der Welt

Wie der „Berliner Lokalanzeiger" aus Moskau meldet, wurde in Schaturka, nordöstlich von Moskau, eine seit 1923 im Bau befindliche Kraftstation feierlichst eröffnet. Sie soll 65 000 PS liefern, wird mit Torf betrieben und ist in ihrer Art wohl das größte Kraftwerk der Welt. Zur Aufstellung des Werkes dienten hauptsächlich deutsche Fabrikate.

Vom Schachtournier in Moskau

Die am Sonntag, dem 6. Dezember, gespielte zwanzigste Runde, die vorletzte des Turniers, brachte bereits die Entscheidung über den ersten Preis. Bogoljubow, der gegen Lasker die weißen Steine führte und mit den Damenbauern eröffnete, machte diese wichtige Partie remis. Damit hat Bogoljubow einen Vorsprung von 1½ Zählern vor Lasker und kann daher nicht mehr eingeholt werden. Der Turnierstand nach der zwanzigsten Runde ist: Bogoljubow 15, Lasker, Capablanca 13½, Romanowski 11½ (und eine Hängepartie), Marshall 11½, Torre 11 (und eine Hängepartie), Tartakower 11, Bogatirschuk, Genewski 10 (und eine Hängepartie), Grünfeld 10, Réti 9½ (und zwei Hängepartien), Rubinstein 9½, Rabinowitsch 8½, Werlinski 8 (und eine Hängepartie), Löwenfisch 8, Spielmann 7½ (und eine Hängepartie), Cholimirski, Gothlif, Yates 6, Sämisch 5½, Subarew 4½.

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blauband-Margarine" das farbig illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche" kostenlos zu verlangen.

Die neuesten Moden in
Halsketten
in Gold, Silber u. Gold auf Silber in größter Auswahl
Juwelier
Tittel
Trauringe
Schmeerstr. 12

Schulstraße 13 I
jetzt sehr preiswert große Auswahl
Warme Joppen u. Röcke, antike u. Röcke
Auch auf Teilzahlung

Pelzkragen u. Füchse
preiswert z. verkauf.
Gra zweg 17

Donnerstag:
Schlachtefest
Frische Wurst
Adolf Schumann,
Zeitz, 2018
Kramerstraße 12

Reparaturen
an Uhren aller Art sowie *4249
sämtliche feine Arbeiten
werden sauber und gewissenhaft ausgeführt
Karl Ring, Delitzsch
Roonstraße 1

Möbliertes Zimmer
im Süden oder Zentrum der Stadt sofort gesucht. Offerten unter H. B. K. an den Verlag des „Klassenkampf"

Reichsbund deutsch Mieter
Ortsverein Merseburg u. Umg.
Donnerstag, den 10. Dez. 1925, abends 7½ Uhr, im „Rossnosenal"
Öffentliche
Protestversammlung
gegen die eigenartige Auffassung des Mietstreitsdirigenten Oberbürgermeister Hertzog über die Durchführung der sogen. Wohnungszwangswirtschaft
Referent:
Büchereidirektor Richard Bietz
Nicht nur die Wohnraum-, sondern auch die gewerblichen Mieter müssen zu dieser Versammlung erscheinen
Die Behörden sind hierzu schriftlich eingeladen worden. Der Vorstand

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Staunend billige
Möbel
Bettstellen
Matratzen
Chaiselonques
Sofas 569
Schränke
Tische, Stühle
Speise- und Schlafzimmer
Küchen
in enorm großer Auswahl
Auch Sonntags zu besichtigen
S. Rosenberg
Geiserstr. 21, 1 Tr.

3 Tafeln
1100 Gramm Vollmilch-Nuß
1100 Gramm Vollmilch-Alpen-Vollmilch
1100 Gramm feinste Speise-Schokolade
zusammen nur
1 Mark
Block-Schokolade
½ Pfd. 50 Pf.
Schokoladen-Pulver
Pfund 75 Pf.
Merkel
Lebensmittel
Zeitz 019
Rohmarkt 7

Wohn.-Tausch
drei Zimmer gegen vier Zimm. gesucht
Jägerplatz 10, 5 out.

Parteischriften
empfiehlt die Volksbuchhandlg.

Strickwaren-Auktion
Donnerstag, den 10. Dezember, vormittags 11 Uhr, versteigere ich hierselbst gstr. 1 (Hardenbergkasino) freiwillig im Auftrage des Herrn C. Heinze, hier:
1 gr. Partie gute Strickwaren als: Damenjacken, Sportwest., Blusen, Jumper, Kimonos, Beinkleider, Kinderkleider, Mützen usw. versch. Größen in bester wollener und kunstseidener Qualitätsware
Ferner 50 a. Bettstelle, Kleidung
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Die Strickwaren sind sämtlich fabrikneu. Besichtigung daselbst von 9 Uhr an
Max A. Knoche, Krausenstr. 27
beeid. Versteigerer H.D.W. Tel. 2975

Sie kaufen
erstklassige Lederwaren für Herren, Damen und Kinder, beste Gebrauchsgegenstände, Brauchbare u. Nützliche Geschenke, sowie alle Sonnenschirm-Bedarfsartikel. Achtet auf alle Größen als Weihnachtsgeschenke
am billigsten
bei
J. M. Mollnau Lederhandlung
früher Richard Heckert
Weißenfels an der Saale
Klosterstraße 35

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlung

Massage
hand- u. elektrische
Heißluft
in und außer dem Hause 2017
Bin zu den hiesigen und Krana-Kranken-kassen zugelassen
Hugo Landgraf
Weißenfels
Lutherstraße 7

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöne geistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem *64
werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen

Arb.-Gesang-Verein „Echo"
Haynsburg-Breitenbach
Mitglied d. Deutschen Arbeiter-Sängerbundes
Leitung: Max Köhler, Zeitz
Sonntag, 13. Dez., abends 7½ Uhr, im Gasthof Fröhlich, Breitenbach:
Herbst-Konzert
unter Mitwirkung des Brudervereins „Vorwärts", Riesschau, des Baritonsolisten Ferdinand Schulze und des Städtischen Orchesters Zeitz
Alle Freunde und Gönner des Gesanges sind herzlichst eingeladen 2016
Der Wirt Der Vorstand

Familien-Nachrichten

Zurückgekehrt vom Grabe unseres einzigen, unvergeßlichen Kindes **Willy**, sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank für die reichen Kranzspenden. Besonders Dank dem Gym. Wollmann für die trostreichen Worte am Grabe. Dies alles hat unseren Herzen wohlgetan 4237
Die tieftrauernden Eltern
Wilh. Hellemann u. Großeltern
Ammendorf, Silberhöhe 10

Nachruf

Am Dienstag, den 8. Dezember 1925, morgens 3 Uhr, verschied nach mehrmonatiger schwerer Krankheit unsere langjährige Mitarbeiterin

Fräulein Margarete Franke

im 25. Lebensjahre

Die Verstorbene hat als Verkäuferin mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit ihre Obliegenheiten in jeder Hinsicht aufs peinlichste erfüllt und werden wir ihr stets ein treues Andenken bewahren.

Allg. Konsum-Verein Halle u. Umgegend
Die Verwaltung 4248

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.
Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Auf jedes Stück Mokka-Butter zu 125 Pf. diese Woche einen Probewürfel Blütenbutter 1 Pfd. 96 Pf. gratis
Meine Molkerei-Butter-Ersatz-Margarine Blütenbutter ist von Molkerei-Butter absolut nicht zu unterscheiden, überzeugen Sie sich bitte durch einen kostenlosen Versuch. Sie staunen über den hochfeinen Geschmack
Albert Knäusel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251209-14/fragment/page=0008